

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 315 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 10/2021 VOM 13. OKTOBER 2021 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **B-Plan für Feuchtwiesen
in Lichterfelde**
Bauen in den Auen

9 | **Die völkerrechtswidrige
Irrfahrt des Tilo Kalski**
Mit der »Bayern« gegen China

12 | **Energiekonzept 2040
vorgelegt**
BVB/Freie Wähler Brandenburg

Müllentsorgung im Landkreis Barnim:

»Die Alarmglocken sollten schrillen«

Eberswalde (bbp). In den Gremien des Barnimer Kreistages wird derzeit über eine neue Müllgebührensatzung diskutiert, die voraussichtlich hauptsächlich eines bewirken wird, nämlich eine Gebührenerhöhung.

Der unbedarfte Laie kann das in dem vorliegenden Satzungsentwurf nur schwer herauslesen. Die Vielzahl der Einzelposten, die da in Preis und Preisstruktur geändert werden, sind kaum überschaubar. Auf einen 2-Personen-Haushalt gerechnet erhöht sich die Gebühr von 76,20 € im Jahr 2019 auf 126 € im Jahr 2022. Das ist eine Erhöhung auf 161,4 %.

Aber auch anderswo wird zugelangt. Beispielsweise werden plötzlich auch die Kleingärtner kostenpflichtig in die Müllentsorgung einbezogen, die bisher den wenigen Müll, der in einem Kleingarten anfällt, einfach mit nach Hause genommen haben. Wenn nun die Müllfahrzeuge auch die Kleingartenanlagen anfahren, entstehen selbstverständlich höhere Kosten – mehr Müll eher nicht. Für den Einzelnen sind die zusätzlichen Kosten gering. Der Aufwand, selbige von den Pächtern einzutreiben, wird voraussichtlich im wesentlichen den Kleingartenvereinen obliegen. Bedenklich – nicht zuletzt für die Umwelt – dürfte die geplante Kostenpflicht für die Abgabe von Elektroschrott zu sein. Da wird wohl ein Teil künftig im Restmüll landen, ein anderer Teil vielleicht in der Landschaft.

Kenner der Materie monieren, daß es keine pflichtige europaweite Ausschreibung der Leistung Einsammeln und Transportieren des Restmülls gegeben hat. Lediglich die Teilleistung Umladen in der Sammel-

stelle und Transport nach Vorketzin zur Behandlung und Deponierung wurde im Ergebnis einer (Teil-)Ausschreibung ab 2022 neu vergeben, wobei nicht bekannt ist, ob der Kreistag daran in irgendeiner Weise beteiligt war.

Das neue *Sammelsystem BIO-Abfall* (braune Tonne), so eine weitere Kritik, bleibt nach wie vor unter dem System Restmüll versteckt und wird von allen Bürgern, auch denjenigen, die eine braune Tonne nicht brauchen und nicht haben wollen, mit den überhöhten Pauschalgebühren für den auf 50% reduzierten Restmüll bezahlt. Der Slogan »die braune Tonne ist umsonst« sei reiner Etikettenschwindel. Ausgeschrieben wurde das System *BIO-Abfall* im übrigen bisher noch nie. Jedenfalls bestehen erhebliche rechtliche Zweifel an der gesamten Verfahrensweise.

»Es kann kaum erwartet werden«, so ein anderer Kritiker des Verfahrens, »daß die Kreistagsabgeordneten – allesamt Freizeitpolitiker – die Einzelheiten, einschließlich der verworrenen Tricks und Kniffe, der neuen Abfallgebührensatzung verstehen können. Um so mehr sollten bei ihnen die Alarmglocken schrillen, damit sie sich nicht der Beihilfe zum Betrug an den Bürgerinnen und Bürgern mitschuldig machen.«

Wenn demnächst im Raum Bernau wasserstoffgetriebene Müllsammelfahrzeuge zum Einsatz kommen, dann darf davon keine kostenmindernde Wirkung erwartet werden. Inwieweit dadurch möglicherweise trotz erheblicher Förderung sogar höhere Kosten in die Kalkulation eingehen, bleibt wohl Betriebsgeheimnis des öffentlichen Unternehmens.

Verantwortlich für die geplanten Gebührenerhöhungen zeichnet Christian Mehnert (2.v.l.), der Geschäftsführer sowohl der Kreiswerke Barnim (KWB) als auch der direkt für die Abfallentsorgung zuständigen Barnimer Dienstleistungsgesellschaft (BDG). Mehnert will übrigens im kommenden Jahr für die CDU zur Eberswalder Bürgermeisterwahl antreten.

Die Erhöhung der Müllgebühren ist faktisch sein Wahlgeschenk an die Eberswalderinnen und Eberswalder.

Das Foto entstand anlässlich der offiziellen Fördermittelübergabe für vier Müllsammelfahrzeuge mit Wasserstoffantrieb durch Kurt-Christoph von Knobelsdorff (2.v.r.) von der Nationalen Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NOW) GmbH. Mit dabei waren auch Dr. Wilhelm Benfer (li.), Leiter des Amtes für Nachhaltige Entwicklung Landkreis Barnim sowie André Stahl (re.), Bürgermeister von Bernau.

Foto: Torsten Stapel



Ex oriente lux

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, über das Ergebnis des nervtötenden Gehabes um die Wahl zum Deutschen Bundestag können wir nur staunen. Die mächtigste Frau der Welt, Frau Dr. rerum naturalium, Diplom-Physikerin Angela Merkel, geborene Kasner, hat es durch notorisch unterlassene Hilfeleistung in ihrer letzten, großen Aktion geschafft, die Fraktion der Union der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union im Deutschen Bundestag nachhaltig zu stützen, ohne daß ihr dies jemals vorgeworfen werden wird. Wir waren Zeuge wirklich großartiger Kunstfertigkeit zum Wohle der Menschen in Deutschland, der wir unsere herzliche Würdigung nicht versagen wollen.

Frau Dr. Angela Merkel unternahm als große Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union und als Kanzlerin der Bundesrepublik so gut wie nichts gegen den erkennbaren Verfall der einst so stolzen Partei, sondern förderte den ständigen Niedergang an herausragender Stelle. Die Mitglieder und Wähler der Christlichen Unionen machten fleißig mit, denn sie glauben tatsächlich und haben sich daran gewöhnt, sie wären zum Herrschen geboren und hätten den Stein der Weisen gefunden. Dazu kommt bei diesen hochwichtigen Leuten die unverrückbare Überzeugung, sie könnten die zerstörerischen Kräfte des Kapitalismus bändigen, indem sie sich in die scheinbar heile Welt vergangener Tage wünschen.

Wenn es richtig brenzlich wurde, konnte Frau Dr. Merkel und Ihre Partei wohl aus machtpolitischen Instinkt mit wegweisenden Entscheidungen, zum Beispiel zum Atomausstieg oder dem Aufruf zur Aufnahme vieler Flüchtlinge, die Wirklichkeit durchaus berücksichtigen.

Nun ist die Union der Unionen von uns gegangen und Niemand und Keiner ist schuld. Diese großartige Leistung sollten wir der klugen Frau aus dem Osten neidlos zugestehen. So etwas hätte keine andere Organisation, nicht einmal der KGB, der Mossad oder die Islamisten und erst recht kein anderer Mensch geschafft. Man kann diese unglaubliche Tat nur bestaunen. Sie wird Eingang in Geschichtsbücher finden und unsere Enkel werden noch darüber reden.

Adieu Angela, nun können sich andere Leute beweisen. Ein Mangel an Freiwilligen läßt sich nicht erkennen. Ob sie den Verfall der kapitalistischen Wirtschaftsweise aufhalten können? Auf jeden Fall wird es bunter, greller und lauter. Immer mehr, immer schneller, höher und weiter soll es gehen, smart und digital, effektiv und nachhaltig, klimaneutral und feminin. Ob die Akteurinnen und Akteure irgendwann einen unverstellten Blick auf die Wirklichkeit finden? Nach allem, was man hört und sieht, sind berechtigte Zweifel angebracht.

Weiter wie bisher scheint die Devise der neuen Obrigkeit. Wir werden das Gewusel genau beobachten. Denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

Abschaffung der Erschließungsbeiträge:

Volksbegehren startet

Das Volksbegehren zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge für Sandpisten beginnt am Dienstag, den 12. Oktober. Die von BVB/Freie Wähler gestartete Volksinitiative geht damit in die zweite Stufe. Ziel ist es, die Beiträge für Straßen, die bereits zur Wende als Wohnstraßen dienten, aber nicht grundhaft hergerichtet worden sind, abzuschaffen.

Straßen sind Güter der Allgemeinheit und sollten daher nicht von einigen wenigen, die zufällig an ihnen wohnen, bezahlt werden. Da es sich um Maßnahmen der staatlichen Daseinsvorsorge handelt, dürfen nicht die Anwohner (zumeist Senioren und Familien) in der Weise belastet werden. Dies ist auch eine Frage des sozialen Friedens. Die Unterschrift muß im örtlich zuständigen Rathaus geleistet

werden. Um es den Bürgern bequemer zu machen, haben wir ein Online-Tool entwickelt, mit dem man sich durch einen einfachen Klick die Eintragungsunterlagen nach Hause bestellen kann. Unter WWW.SANDPISTEN.DE eintragen kann sich jeder anmelden und es wird eine automatische Mail an den zuständigen Wahlleiter generiert, der dann die Formulare zusenden muß. Ob auch eine freie Straßensammlung möglich ist, ist weiterhin unklar. Die entsprechende Verfassungsklage von BVB/Freie Wähler wurde noch nicht entschieden. So müssen binnen 6 Monaten 80.000 Unterschriften in den Ämtern geleistet oder online angefordert werden.

PÉTER VIDA, Dr. STEFANIE GEBAUER und Dr. WINFRIED LUDWIG

Willkürliche Semestergebühr

Die Rückmeldegebühren an Brandenburger Hochschulen in Höhe von 51 Euro sind offenbar willkürlich festgelegt. Das zeigt die Antwort der Landesregierung (DS 7/4188) auf meine Kleine Anfrage. So gibt die Technische Hochschule Brandenburg zum Beispiel an, daß ihr Verwaltungsaufwand bei 3,18 Euro pro Studierenden liegt. Hingegen berechnet die Filmuniversität Babelsberg »Konrad Wolf« die Kosten mit 87,08 Euro. Doch nur real entstehende Kosten können in Rechnung gestellt werden – das liegt in der Logik.

Hinzu kommt, daß bspw. die Fachhochschule Potsdam die Kostensteigerungen mit notwendigen Investitionen in Hard- und Software begründet. Das sehe ich außerordentlich kritisch, denn investive Maßnahmen in den

Hochschulen müssen m. E. über die Mittelzuweisungen des Landes abgedeckt werden. Nur so können die Hochschulen ihre Lehraufgaben überhaupt erfüllen. Dazu rechne ich auch die Beratungsangebote der Hochschulen. Als Linksfraktion werden wir daher sowohl bei den jetzt beginnenden Haushaltsberatungen, als auch bei der Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes die Abschaffung der versteckten Studiengebühren beantragen.

Grundsätzlich gilt für Die Linke: Wer echte Chancengerechtigkeit in der Bildung will, muß alle Gebühren abschaffen – egal ob in der KiTa oder in Form versteckter Studiengebühren an den Hochschulen.

ISABELLE VANDRE, hochschulpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag

Analphabeten

Eberswalde (bbp). Der bündnisgrüne Stadtverordnete PROFESSOR JOHANNES CREUTZIGER informierte im Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde (AKSI) am 8. September, daß dieser Tag als »Weltalphabetisierungstag« begangen wird. Der Professor wies in darauf hin, daß im Brandenburgischen Viertel von der Volkshochschule des Landkreises mit Landesförderung beim Buckow e.V. in der Spreewaldstraße ein Grundbildungszentrum eröffnet worden ist. Die Zahl der Menschen in der BRD, die nicht richtig oder nur eingeschränkt lesen und schreiben können, sei mit etwa sechs Millionen Erwachsenen (ca. 7,5 %) erstaunlich hoch. Im Landkreis Barnim sollen etwa 14.000 Menschen betroffen sein. Der Stadtverordnete Viktor Jede (Bündnis Eberswalde) konnte dies anhand eigener Erfahrungen bestätigen. Demnach seien in Eberswalde auch viele Jugendliche davon betroffen.

Gutscheinheft erhältlich

Eberswalde (prest-ew). Hunderte neue Auszubildende in Eberswalde wurden seit dem erstmaligen Erscheinen im Jahr 2014 mit ihm begrüßt und nun ist es wieder erhältlich – das Eberswalder Azubi-Gutscheinheft.

Die Neuauflage bietet den angehenden Fachkräften durch einmalige Vergünstigungen die Möglichkeit, das vielfältige Angebot in Eberswalde zu entdecken und Neues auszuprobieren. Auf diese Weise soll den jungen Menschen der Einstieg in diesen neuen und bedeutsamen Lebensabschnitt erleichtert werden. Die Ausbildungsbetriebe haben damit wieder etwas in der Hand, womit sie ihre Auszubildenden willkommen heißen und die Bindung zueinander stärken können.

Eberswalder Ausbildungsbetriebe können ab sofort die Gutscheinhefte unter Angabe von Namen und Lehrberuf der Azubis per eMail unter wirtschaft@eberswalde.de oder Telefon 03334/64-504 bestellen.

Ärztliche Versorgung in Eberswalde:

Eine tickende Zeitbombe

Eberswalde (bbp). Im September berichtete Bernd Pohle von der Kassenärztlichen Vereinigung Barnim (KVBB) im Eberswalder Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration über die ärztliche Versorgung in Eberswalde.



FOTO: JURGEN GRAMZHOV

Im neugebauten Sanitätshaus Koeppe entstanden neben der Apotheke auch zwei Arztpraxen. Allerdings zogen Apotheke und Ärzte lediglich um.

Die Ausbildung von Fachärzten, so der Regionalbeirat der KVBB für Eberswalde, ist in der BRD eine langwierige Angelegenheit. Dem fünfjährigen Medizinstudium schließt sich ein praktisches Jahr mit der abschließenden Prüfung zur Approbation an. Mit diesem Staatsexamen ist die Zulassung zur Berufsausübung als Arzt verbunden, die im günstigen Fall im Alter von 25 Jahren erreicht werden kann. Für Fachärzte schließt sich dem dann eine mehrjährige Weiterbildung an, die kaum vor dem 30. Lebensjahr abgeschlossen werden kann.

Ein Problem ist, daß es im Land Brandenburg keine staatliche Universität mit Ärzteausbildung gibt. Zunächst konnte auf das zahlreiche noch in der DDR ausgebildete medizinische Personal zurückgegriffen werden. Doch diese Generation ist nun im Ruhestand oder steht kurz davor. Seit 2014 soll die private Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH (MBH) mit Sitz in Neuruppin (www.mhb-fontane.de) die Lücke schließen. Träger sind die kommunalen Krankenhäuser in Neuruppin und Brandenburg an der Havel (je 33,33 %) sowie die kirchlichen Immanuel Kliniken in Bernau und Rüdersdorf (11,12 %). An diesen vier Standorten findet auch die Ärzteausbildung der MBH statt. Weitere Träger der MBH sind die Sparkasse Ostrignitz-Ruppin (11,11 %) und die Stadtwerke Neuruppin GmbH (11,11 %). Im August 2021 konnten an der MBH die ersten 36 ausgebildeten Ärzte erfolgreich exmatrikuliert werden.

Wie notwendig die Ausbildungsmöglichkeiten im eigenen Land sind zeigt die derzeitige Altersstruktur der Hausärzte. Mehr als ein Drittel der 1.650 Hausärzte im Land Brandenburg sind 60 Jahre alt oder älter, wobei der Barnim mit 30,9 % noch leicht unter dem Durchschnitt liegt. Ähnlich stellt sich die Alters-

struktur bei den Fachärzten dar. Hier liegt der Anteil 60 und älter bei 31,3 %.

Dennoch wuchs die Zahl der Vertragsärzte in den zehn Jahren seit 2010 im Land von 3.720 auf 4.181. Dabei ging die Zahl der selbständigen Ärzte zugunsten der angestellten Ärzte zurück. Von den 86 Ärzten, die in Eberswalde die vertragsärztliche Versorgung sicherstellen, praktizieren 58 in der eigenen niedergelassenen Praxis, 3 als Angestellte in niedergelassenen Praxen, 15 als Angestellte in den Polikliniken der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sowie 10 als Ermächtigte. Im Mittelbereich Eberswalde (etwa der Altkreis) sind damit 82,9 % der möglichen Soll-Stellen besetzt, das heißt, es fehlen 16 Hausärzte. Dabei sind allein 9 von den 28 Hausärzten im Stadtgebiet 60 Jahre oder älter. Bei den Fachärzten wird die Versorgung für den gesamten Landkreis berechnet. Demnach ist die Personalausstattung insgesamt ausreichend. Lediglich in der Augenheilkunde fehlen 12 % am Soll, was 2,5 möglichen Stellen entspricht. Problematischer sieht hier der Blick auf die Altersstruktur im Mittelbereich Eberswalde aus. Von Fachärzten in der Nervenheilkunde und Psychotherapeuten abgesehen, die allein 24 von 54 Facharztstellen ausmachen, sind die Hälfte aller Fachärzte 60 Jahre oder älter. Für die fachärztliche Versorgung in Eberswalde ist das wie eine tickende Zeitbombe.

Die KVBB reagiert darauf mit der Förderung von Medizinstudenten, Ärzten in Weiterbildungen (bis zu 5.000 Euro monatlich) und mit der Beratung und Förderung der Niederlassung. Insgesamt läßt sich die KVBB dies im Land etwa 10,2 Millionen Euro pro Jahr kosten, wobei die Weiterbildung den größten Anteil ausmacht, wobei hier auch der Anteil der Krankenkassen mitgerechnet ist.

Bürgermeisterkandidaten

Eberswalder (bbp). Nach der Wahl ist vor der Wahl. Die Eberswalder und Finower SPD-Ortsvereine und die verbündete Wählergruppe Bürger für Eberswalde (BFE) hatten sich schon im Sommer mit GÖTZ HERRMANN auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Bürgermeisteramt geeinigt. Der hat bereits für den 15. Oktober zum internen Wahlkampfauftakt mit Pressebegleitung in die Finower Judohalle eingeladen. Noch sind keine Mitbewerber nominiert.

Erste Aufstellungsversammlungen sollen Ende Oktober stattfinden. Dies haben die Stadtverbände von CDU und die FDP angekündigt. Die CDU will den Geschäftsführer der Kreiswerke Barnim GmbH CHRISTIAN MEHNERT vorschlagen – aktuell dadurch bekannt, daß er die Müllgebühren im Kreis anheben will. Mehnert will sich Verbündete suchen, erzählte er der lokalen Tageszeitung. Vermutet wird, daß er dabei das Bündnis Barnim um den Finower Stadtverordneten Viktor Jede im Blick hat, der sich aber noch bedeckt hält, weil Amtsinhaber Boginski sein Amt noch gar nicht niedergelegt hat. Für die FDP hat der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung MARTIN HOECK seinen »Hut in den Ring« geworfen.

Die Linken und Bündnis 90/Die Grünen wollen einen gemeinsamen Kandidaten ins Rennen schicken und im November förmlich nominieren, so Sarah Polzer-Storek vom bündnisgrünen Kreisvorstand gegenüber der gleichen Zeitung. Dabei handele es sich um eine Kandidatin, präziserte Sebastian Walter von den Linken. An den Stammtischen und Parkbänken der Stadt wird der Name längst heftig diskutiert. Demnach handelt es sich um STEFFI SCHNEEMILCH, die im Sommer gegen Götz Herrmann unterlag. Zu den Kommunalwahlen 2019 hatte Schneemilch für die SPD sowohl in der Stadt als auch im Kreis ein Mandat errungen und sich für die Arbeit im Kreistag entschieden, während sie dem einstigen Beigeordneten Lutz Landmann ihren Platz in der Stadtverordnetenversammlung überließ. Die innerparteiliche Niederlage gegen Herrmann soll ihr heftig an die Nieren gegangen sein. Aus der SPD soll sie inzwischen ausgetreten sein. Schon damals hatte Sebastian Walter sie unterstützt, der öffentlich die Wahl von Herrmann kritisierte und verkündete, daß Steffi Schneemilch als Bürgermeisterkandidatin die Unterstützung der Linken sicher gehabt hätte. Auch die AfD wurde von der Heimatzeitung befragt, die noch von »innerparteilicher Willensbildung« sprach.

Für die Pläne der Partei Die PARTEI und deren Bündnispartner in der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur hatte das Lokalblatt kein Interesse. Von dort verlautet, daß sich derzeit intern mehrere Kandidatinnen und Kandidaten für eine Bewerbung vorbereiten. Als wichtigstes politisches Ziel formuliert PARTEI- und Fraktionschef Mirko Wolfgramm: »Wir wollen Frieden und Freundschaft, insbesondere mit den Völkern der ehemaligen Sowjetunion.«

Vonovia in Eberswalde

Am 26.9. wurde in demokratischer Wahl entschieden, daß Bürgermeister Boginski sein Amt in unserer Stadt verliert. Damit verläßt auch der dritte BRD-Bürgermeister vorzeitig das Rathaus. Wir werden uns nun nach einem Ersatz umsehen.

Mit der Erhebung der Baudezernentin zur Beigeordneten will die Stadtverordnetenmehrheit für Kontinuität sorgen. Das wäre auch ohne die Schaffung eines neuen Beigeordnetenpostens, der mit extra Kosten verbunden ist, möglich gewesen. Diese Aktion war aus unserer Sicht unnötig. Angemessener wäre gewesen, über die Einrichtung einer Beigeordnetenstelle nach der nun anstehenden Bürgermeisterwahl zu entscheiden.

Einwohner der Clara-Zetkin-Siedlung informierten uns, daß die aktuellen Busfahrpläne der Linie 864 schlecht mit den Abfahrts- und Ankunftszeiten der Bahn im Eberswalder Bahnhof synchronisiert sind. Wir haben das Problem in der September-StVV angesprochen. Die Zuständigkeit für den ÖPNV liegt beim Landkreis. Daher baten wir den Bürgermeister, dies beim Landrat anzusprechen. Der Bürgermeister sagte zu.

Die Übernahme des Bauvorhabens »Schwärzblick« in der Breitscheid-Straße durch eine 100%ige Tochter der Vonovia AG sehen wir sehr kritisch. Im Land Berlin fand ein Volksentscheid zur Enteignung solcher großen Wohnungsunternehmen statt, um die für viele kaum noch ertragbaren Mietsteigerungen einzudämmen. Nun wollen Vonovia & Co. auch das Eberswalder Terrain für ihre Profitmaximierungsstrategien erschließen. Wie von uns beantragt, gab es für diese Beschlußvorlagen eine namentliche Abstimmung. Die Eberswalder können nun erfahren, wie ihre Stadtverordneten votiert haben.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktionsvorsitzender
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

»Kita des Jahres«

Biesenthal (bbp). Die Kita Wukaninchen aus Biesenthal ist eine von 25 Kitas in der BRD, die zu den Nominierten für den Deutschen Kita-Preis zählt. Es gab 1.200 Bewerbungen. Der erstplatzierten Kindertagesstätte winken 25.000 Euro Preisgeld. Die vier Zweitplatzierten bekommen jeweils 10.000 Euro.

Förderung für Museum

Oderberg (bbp). Das Binnenschiffahrts-Museum in Oderberg wird mit 19.805 Euro vom Bund gefördert. Das Museum will für insgesamt 26.408 Euro seine Archivräume und den Zugang zum Museumspark verbessern. Das Fördergeld kommt aus dem Soforthilfeprogramm »Heimattmuseen und landwirtschaftliche Museen 2021«. Die Eigenanteile des Trägersvereins belaufen sich auf 6.603 Euro.

BI »Radwege in Eberswalde«:

Neuigkeiten zum Bürgerbegehren

Kreisverwaltungsmitarbeiterin Melanie Benditz beschwert sich

Eberswalde (bbp). Die Bürgerinitiative (BI) »Radwege in Eberswalde«, Trägerin des BÜRGERBEGEHRENS ZUR WIEDERHERSTELLUNG DER BIS HERBST 2016 GELTENDEN VERKEHRSFÜHRUNG IN DER HEEGERMÜHLER STRASSE vermeldet Neuigkeiten.

Es ist mittlerweile zweieinhalb Jahre her, daß die BI vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder Klage gegen den ablehnenden Bescheid des Landrates erhoben hat. Als Ende 2019/Anfang 2020 seitens der Stadtverwaltung Eberswalde durch die Erneuerung eines Gehweges im Bereich des Garnisionsfriedhofs faktisch vollendete Tatsachen geschaffen wurden und weitere Baumaßnahmen angekündigt waren, bat die BI im April 2020 das Verwaltungsgericht um einstweiligen Rechtsschutz.

Diesen Rechtsschutz hat das Gericht nun nach anderthalb Jahren abgewiesen. Der Landkreis als Klagegegner sei für die Baumaßnahmen nicht zuständig und könne der Stadt und dem für die Straße zuständigen Landesbetrieb Straßenwesen keine Weisungen erteilen. Die BI darf im Nirvana der Nichtzuständigkeiten am langen Arm verhungern.

Inzwischen ging der Landkreis bzw. die für den Ablehnungsbescheid zuständige Sachbearbeiterin in der unteren Kommunalaufsicht Melanie Benditz, die für den Landrat auch die Stellungnahmen an das Verwaltungsgericht schreibt, aus anderer Richtung gegen die BI vor. Die Kreisverwaltungsmitarbeiterin hat sich bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Akteneinsicht beschwert. Auf der Internetseite der BI (radwege.alternative-eberswalde.de) seien ihre personenbezogenen Daten veröffentlicht worden. Konkret handelt es sich dabei um die »Klageerwiderung des Landrates des Landrates Barnim als allgemeine untere Landesbehörde«, die von ihr im Auftrag des Landrates unterschrieben worden ist. Sie habe für die Veröffentlichung ihres Vor- und Nachnamens sowie ihrer Unterschrift keine Zustimmung erteilt.

Die BI stellte gegenüber der Datenschutzbeauftragten zunächst fest, daß es hier um ein Bürgerbegehren geht, »das von 4.336 Bürgerin-

nen und Bürgern der Stadt Eberswalde – und darüber hinaus von vielen Einwohnern der Nachbargemeinden – unterstützt wird. Der Landrat des Landkreises Barnim hat dieses Begehren mittels Bescheid für nicht zulässig erklärt. Dagegen haben wir Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben.« Die BI stehe in der Verantwortung, ihre Unterstützerinnen und Unterstützer in geeigneter Weise umfassend über den Fortgang des Begehrens einschließlich der Klage zu informieren. Diesem Zweck diene die Seite RADWEGE.ALTERNATIVE-EBERSWALDE.DE.

»Es ist natürlich bedauerlich«, so die BI, »wenn der Barnimer Landrat solche offiziellen Schriftstücke von einfachen Sachbearbeitern unterzeichnen läßt, statt sich selbst der Verantwortung zu stellen. Es liegt nicht in unseren Möglichkeiten, daran etwas zu ändern. Wir sind somit die falschen Adressaten für die Beschwerde... Uns ist nicht bekannt, ob und inwieweit die Beschwerdeführerin befugt war, das offizielle Schreiben des Landrates zu unterzeichnen. Da sie 'im Auftrag' unterzeichnet hat, konnten wir von einem entsprechenden Auftrag ihres Dienstherrn ausgehen, an den sie sich wenden muß, wenn sie von solchen Aufgaben entbunden werden möchte.

Sofern es der Beschwerdeführerin an der Berechtigung fehlte, offizielle Schriftstücke des Landrates zu unterzeichnen, stellt sich die Frage, ob die von ihr unterzeichnete Stellungnahme des Landrates Rechtsgültigkeit besitzt. Diese Frage bitten wir Sie, zunächst zu klären.«

Im übrigen geht die BI davon aus, daß die Beschwerde unbegründet ist, »da eine Zustimmung der Beschwerdeführerin für die Veröffentlichung eines öffentlichen Schreibens des Landrates des Landkreises Barnim nicht erforderlich war.«

Darüber hinaus stellte die BI nochmals klar, daß sie auch von der Zulässigkeit ihres Bürgerbegehrens und somit von einem für sie positiven Ausgang des Rechtsstreits ausgeht.

Fünfte Sprach-Kita in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Mit dem Aktionsprogramm »Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche« werden bundesweit 1.000 zusätzliche Fachkräfte gefördert und damit das Bundesprogramm »Sprach-Kitas. Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist« in der Fläche gestärkt. Seit 1. Oktober gehört auch die KITA REGENBOGEN als nunmehr fünfte Sprachkita in Eberswalde zum Förderprogramm.

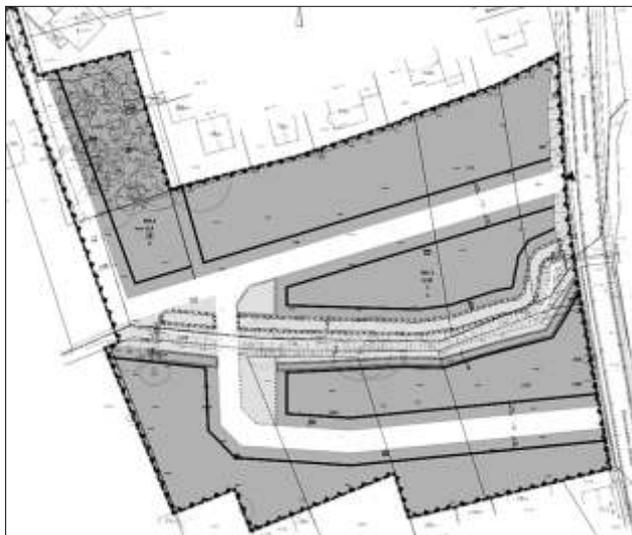
Schwerpunkte sind die Weiterentwicklung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung, die Förderung einer inklusiven Pädagogik und die Zusammenarbeit mit Familien, informierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Zier-

ke. Das Programm richtet sich an Kitas mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit besonderem sprachlichen Förderbedarf. Über das Bundesprogramm wird in den Einrichtungen jeweils eine halbe Stelle für eine zusätzliche Fachkraft gefördert, die das Kita-Team darin unterstützt, die Handlungskompetenzen in Bezug auf die Programmschwerpunkte fortlaufend weiterzuentwickeln. Außerdem erhalten die Kitas Unterstützung durch eine Fachberatung, die sie kontinuierlich im Verbund begleitet und bei der Qualitätsentwicklung in den Kitas hilft, z.B. durch regelmäßige Qualifizierungen und Workshops.

Bauen in den Auen

Lichterfelde (bbp). Trotz diverser Krisen zeigt sich der Bauboom und der Run auf Einfamilienhäuser ungebrochen. Die Gemeinden reagieren darauf, indem sie immer neue Baugebiete erschließen. Allerdings wird in bestimmten Gebieten mittlerweile der für eine Bebauung geeignete Boden knapp. Dies zeigt sich auch in Lichterfelde, einem Ortsteil der Gemeinde Schorfheide.

Am 15. September stand in Schorfheide der Bebauungsplan »Wohnen am Lichterfelder Hauptgraben« auf der Tagesordnung der Gemeindevertretung. Den Aufstellungsbeschluss im beschleunigten Verfahren hatten die Gemeindevertreter bereits im April gefasst. Nun ging es darum, den inzwischen vorliegenden Entwurf und die Offenlegung zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden zu bestätigen. Einspruch gab es lediglich vom Lichterfelder Gemeindevertreter Dr. ANDREAS STEINER (BVB/Freie Wähler).



Lichterfelde liegt am Nordrand des Finowtals. Südlich erstrecken sich weitgestreckte sumpfige Wiesen. Das mittelalterliche Dorf entstand auf einer flachen Halbinsel, die von Norden in die Wiesen hereinragt. Um die Wiesen landwirtschaftlich zu nutzen, gruben die Altvorderen Entwässerungsgräben, die die Landschaft zum einen nach Osten als Kaltes Wasser in die Stadtseerinne und zum anderen nach Südosten zur Finow entwässern. Der spätere Ausbau des Dorfes erfolgte vor allem entlang des Talhangs. Erst als mit dem Bau des Oder-Havel-Kanals die alten Wegeverbindungen nach Süden wegfielen und als Verbindung nach Eberswalde die Chaussee zur Eisenspalterei ausgebaut wurde, entstanden dort an der Chaussee ebenfalls erste Häuser. Dort ragt von Süden her ein leicht erhöhter Sporn in die Wiesen. In dem im 19. Jahrhundert als »Vogelsang« bezeichneten Gebiet entstand später die Lichterfelder Siedlung. Damit waren die höhergelegenen und für eine Wohnbebauung geeigneten Flächen weitgehend ausgeschöpft.

Dann kamen mit dem Beitritt zur BRD der Glaube an baldigen Aufschwung und Bevölkerungszuwachs. Nun wurden auch erste Wiesen für den Einfamilienhausbau erschlossen. Ein solches Neubaugebiet entstand auf den einstigen »Bauernwiesen« an der Straße nach Finow. Später kam ein Baugebiet in der Feuchtwiese nordwestlich der Lichterfelder Siedlung hinzu.

Und nun soll mit der Fläche am Lichterfelder Hauptgraben westlich der Eberswalder Straße eine weitere Feuchtwiese als Baugebiet erschlossen werden. Seine Ablehnung dagegen begründete Dr. Steiner zum einen aus ökologischer Sicht. »Die feuchte Wiese ist Lebensraum bzw. Nahrungsgebiet zahlreicher Vogel- und Insektenarten. Hier findet auch das Lichterfelder Storchpaar regelmäßige Nahrung.« Die Schaffung

einer vernähten Ausgleichsfläche sei nicht vorgesehen. »Die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen, wie die Anpflanzung von Bäumen, schaffen keinen wirklichen Ausgleich für die Zerstörung eines Feuchtbiotops mit entsprechender Güte und Artenzusammensetzung. Zudem wird für die Versiegelung keine entsprechende Entsiegelung angeordnet.«

Zum anderen hält Dr. Steiner den Bauuntergrund in dem Gebiet für suboptimal. Die künftige Bebauung befinde sich zudem in einer Kaltluftschneise zum Abführen feucht-kalter Luft aus dem Ort. »Die Fläche ist saisonal sehr vernäht und es würden aufwendige Entwässerungsmaßnahmen notwendig werden, die einen schwerwiegenden ökologischen Eingriff auf den Grundwasserspiegel hätten. Im Untergrund liegt Torf und morastiger humusreicher Boden vor: Wenn dieser in Verbindung mit Luftsauerstoff kommt, wird er zersetzt und die Fläche sackt ab. Hier könnte es an den Bauwerken zu Setzungsschäden kommen.«

Diese Gefahr läßt sich auch dem von der Finower Umwelt- Forschungs- und Dienstleistungsgesellschaft (UWEG) verfaßten Umweltgutachten, das dem B-Plan beiliegt, entnehmen. Der mit den Bodenuntersuchungen beauftragte Diplomeologe Thomas Schwenkel hatte 2019 festgestellt, daß bereits 30 Zentimeter unter Flur mit Grundwasser zu rechnen ist. Die Messungen der UWEG gehen zwar von einem Grundwasserflurabstand von 2 Metern aus, allerdings fanden die Messungen im August 2019 statt, dem Höhepunkt des zweiten extrem trockenen Sommers in Folge.

Im Sommer 2021 zeigte sich in der Eifel und im Rheinland, daß sich das Wasser auch nach Jahrzehnten nach plötzlichen Wetterereignissen alte Auengebiete zurückholt, mit zum Teil verheerenden Folgen.

Kita »Nesthäkchen«

Eberswalde (bbp). Hinweisen von Bürgerinnen und Bürgern nachgehend wandte sich der Stadtverordnete Mirko Wolfram (Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) zur Sitzung des Ausschusses für Jugend, Bildung und Sport (ABJS) am 7. Oktober mit mehreren Fragen zum Thema Kita an die Stadtverwaltung.

Es werde bemängelt, so die Frage 1, daß die Kita »Nesthäkchen« in Finow als offenbar einzige städtische Kita noch mit eingeschränkten Öffnungszeiten arbeitet. »Ist diese Information korrekt? Wenn ja, warum arbeitet die Kita 'Nesthäkchen' in Finow noch mit eingeschränkten Öffnungszeiten? Wenn ja, ab wann gelten in der Kita 'Nesthäkchen' in Finow wieder die regulären Öffnungszeiten?«

Die Amtsleiterin Kerstin Ladewig antwortete: Die veränderten und gekürzten Öffnungszeiten in der Kita »Nesthäkchen« gab es aufgrund der Erkrankung von Erzieherinnen bzw. Erziehern. Seit 1. Oktober gelten wieder die normalen Öffnungszeiten.

Frage 2: In der Kita »Nesthäkchen« werden derzeit viele Kinder bei den geringsten Krankheits-symptomen nach Hause geschickt bzw. abgewiesen. Angesichts des bekannten Mangels an Kinderärzten in Eberswalde, sind die beiden Kinderarztpraxen sehr stark überlaufen. Zuweilen soll sogar die Zeit fehlen, die Kinder überhaupt zu untersuchen, so daß nur pauschal Krankenscheine ausgefüllt werden. Es sind Vermutungen im Umlauf, wonach dieser restriktive Umgang in der Kita »Nesthäkchen« im Zusammenhang mit Personalengpässen stehen.

Wird in anderen städtischen Kitas derzeit ähnlich restriktiv bei geringen Krankheitssymptomen der Kinder gehandelt?

Antwort: Es handelt sich im Krankheitsverdacht immer um Einzelfallentscheidungen durch die entsprechenden Erzieherinnen oder Erzieher, welche ohne medizinische Ausbildung selbst abschätzen, ob von kranken oder krank erscheinenden Kindern eine Gefahr für die Gruppe ausgeht.

Frage 3: Ist es richtig, daß Kinder von Erzieherinnen und Erziehern nicht in der Kita betreut werden dürfen, in denen ihre Eltern arbeiten? Wenn ja, welche Gründe gibt es dafür?

Antwort: Ja, das ist korrekt, Kinder von Erzieherinnen und Erziehern werden nicht in der gleichen Kita betreut. Dies geht auf eine verwaltungsinterne Entscheidung aus der Vergangenheit zurück. Begründet wurde dies mit dem Aspekt der Vermeidung von pädagogischen Problemen im Kontext der Zwischenmenschlichkeit (eventuelle Bevorzugung oder unverhältnismäßig hartes oder weiches Eingreifen in die Erziehung).

Hintertür für Impfpflicht

Die Landtagsfraktion von BVB/Freie Wähler lehnt die Einführung der 2G-Regel in Brandenburg entschieden ab. Damit werden Veranstalter und Unternehmer in Brandenburg ohne medizinische Notwendigkeit unter Druck gesetzt, Ungeimpfte zu benachteiligen. Denn die seit langem überfälligen Lockerungen bekommen sie nur, wenn sie Ungeimpfte sowohl als Mitarbeiter als auch als Besucher ausschließen. Die Möglichkeit, den Infektionsschutz mittels Tests sicherzustellen, wird absichtlich ignoriert. Statt der eigentlich angebrachten Lockerungen gibt es für Ungeimpfte sogar Verschärfungen. Es ist offensichtlich, daß Ministerpräsident Woidke damit, entgegen monatelangen Versicherungen, eine mittelbare Impfpflicht durch die Hintertür einführt.

Zugleich wird hier der Versuch offensichtlich, für die vermutlich Grundrechte verletzenden Einschränkungen die Verantwortung auf andere abzuwälzen. Denn in Zukunft wird sich die Landesregierung wohl darauf berufen, daß ja nicht das Land Grundrechte für einzelne einschränkt, sondern die Veranstalter.

Am bedenklichsten wird die Verweigerung von Grundrechten bei der vorgesehenen Anwendung auf Kirchen. Machen die Kirchen hiervon Gebrauch, ist Ungeimpften die ungestörte Glaubensausübung gemäß Artikel 4 Absatz 2 Grundgesetz nicht mehr möglich.

Die Verschärfung der Grundrechtseinschränkungen für Ungeimpfte steht aus Sicht der Fraktion auch konträr zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen hinsichtlich der Möglichkeiten der Eindämmung der Delta-Variante und der Entwicklung hinsichtlich der Impfquote. Großbritannien beendete die Grundrechtseinschränkungen, als 52% der Bevölkerung vollständig geimpft waren. Schweden verkündete bei einer Quote von 60%, die Maßnahmen zu beenden. Offiziell liegt die Quote in Brandenburg bei 56,3%, wobei die Landesregierung behauptet, die Zahlen seien unvollständig und würden real noch höher ausfallen.

Zudem gab es Verabredungen auf Bundesebene sowie wiederkehrende Aussagen im Land, sich bei Maßnahmen künftig stärker an der Hospitalisierungsquote zu orientieren. Derzeit werden in Brandenburgs Krankenhäusern lediglich 5 Prozent der Fälle vom Jahreswechsel 2020/21 wegen Covid-19 behandelt. Von einem drohenden Zusammenbruch des Gesundheitswesens – eine der zentralen Begründungen für die Beschränkung der Grundrechte – kann also keine Rede mehr sein.

Noch am 26. August sprach sich Gesundheitsministerin Nonnemacher im Gesundheitsausschuß gegen die 2G-Regelung aus. Als Grund nannte sie neben rechtlichen Problemen vor allem die entspannte Infektionslage in Brandenburg. Daran hat sich wenig verändert. Woher also der Sinneswandel, daß sie nun entgegen den eigenen Aussagen die Daumenschrauben für Ungeimpfte anlegen will?

PÉTER VIDA

Keine Erinnerung an Amadeu Antonio?

Eberswalde (bbp). Im September sollte der Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde (AKSI) gemäß einer von der Stadtverwaltung eingereichten Beschlusvorlage ein »Einvernehmen bezüglich Umfang, Inhalt und Text für den neuen Informationspunkt (»Geschichtsbaum«) zu Amadeu Antonio« herstellen. Die Aufstellung des »Geschichtsbaumes« am Standort des damaligen Hüttengasthofes hatten die Stadtverordneten am 15. Dezember 2020 beschlossen. Federführend für die inhaltliche Gestaltung der Tafeln war eine Arbeitsgruppe der Bürgerstiftung Barnim Uckermark.

FRANK BANASKIEWICZ von der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim kritisierte die fehlende Erwähnung der Vertragsarbeiter aus Algerien. Er bat darum, die Angaben zu ergänzen, damit auch wirklich alle Gruppen genannt werden, die es in Eberswalde gab. RINGO WRASE (SPD/BFE) erklärte, daß er sich ebenfalls daran erinnern könne, daß es Algerier in Eberswalde gegeben habe.

MIRKO WOLFGRAMM (Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) forderte, die Tafeln mit einem Quellenverzeichnis zu versehen, um so die wissenschaftliche Grundlage der Darstellungen nachzuweisen. Mißverständlich seien die Formulierungen auf Tafel 6, wo jeglicher Hinweis auf die deutschen Faschisten bzw. »Nationalsozialisten« fehle, dafür aber auf die DDR verwiesen wurde, die angeblich ein Gedenken an das KZ-Außenlager verhindert habe.



Auch wenn die vorgeschlagene Gestaltung des Informationspunktes für Amadeu Antonio im Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration bei 4 Ja- und 4 Nein-Stimmen abgelehnt wurde, wird es am 6. Dezember wie in jedem Jahr zur Erinnerung an die Ermordung des angolanischen Vertragsarbeiters im Jahr 1990 eine Kranzniederlegung an der Erinnerungstafel vor der ehemaligen Chemischen Fabrik geben.

Foto: Gerd Markmann

Hier sei zu berücksichtigen, daß die einstigen KZ-Baracken zu DDR-Zeiten durch die Sowjetarmee als Lager genutzt wurden, was eine Einrichtung einer Gedenkstätte auch bei bestem Willen faktisch unmöglich machte. Der historisch unerfahrene Leser – dazu gehört die Mehrheit aller, die das bundesdeutsche Bildungssystem durchlaufen haben – könnte durch diesen Text auf den Gedanken kommen, so Wolfgramm, die DDR hätte dieses Lager betrieben.

Der sachkundige Einwohner MIKE BUSCHBECK wies darauf hin, daß die Formulierung im Zusammenhang mit der Ermordung Amadeu Antonios »Schwarze aufklatschen« historisch unkorrekt sei. Die rassistischen Gewalttäter wollten damals ausdrücklich »Neger klatschen«. Die nachträgliche Umformulierung stellt faktisch eine Verharmlosung dar.

KATHARINA WALTER (Die Linke) bedauerte, daß Marietta Böttger von der Bürgerstiftung leider erkrankt sei und somit nicht direkt auf die Vorschläge und Einwände antworten kann.

Der zuständige Dezernent Prof. Dr. JAN KÖNIG sagte zu, die Anregungen aufzugreifen. Die AG könne noch einmal zusammentreffen und die fehlenden Angaben ergänzen. Geplant sei, die Aufstellung der Tafeln bis zum Dezember zu realisieren. Über die Vorlage könne somit mit diesem Vorbehalt abgestimmt werden. Über die Änderungen werde der Ausschuß schnellstmöglich informiert.

Mirko Wolfgramm beantragte eine namentliche Abstimmung. Nachdem Zweifel von FDP/CDU/SPD an der geschäftsordnungsgemäßen Möglichkeit einer solchen namentlichen Abstimmung in beratenden Ausschüssen ausgeräumt waren, rief der Ausschußvorsitzende Prof. CREUTZIGER die Ausschußmitglieder zur Abstimmung auf. Dafür stimmten Sabine Büschel und Katharina Walter (beide Die Linke), Prof. Johannes Creutziger (Bündnis 90/Die Grünen) und Mirko Wolfgramm (Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur). Mit Nein votierten Frank Banaskiewicz (FDP/BfB), Florian Eberhardt (AfD), Heinz-Dieter Parys (AfD-Die Mitte) und Ringo Wrase (SPD/BFE). Dietmar Ortel (CDU) enthielt sich der Stimme. Viktor Jede (Bündnis Eberswalde) und Thomas Stegemann (SPD/BFE) hatten die Sitzung vor der Abstimmung verlassen. Dr. Hans Mai (SPD/BFE) hatte sein Fehlen vorab entschuldigt. Die Stimmgleichheit bedeutet, daß die Vorlage im AKSI abgelehnt wurde.

Zierke bleibt Sprecher der SPD-Landesgruppe

Der uckermärkische SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke wurde nach der Bundestagswahl als Sprecher der Landesgruppe Brandenburg in der SPD-Bundestagsfraktion einstimmig bestätigt. »Herzlichen Dank für das Vertrauen. Ich habe große Lust, mit der stärksten ostdeutschen Landesgruppe in der SPD-Fraktion

zu arbeiten. Wir haben tolle Abgeordnete mit unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten in unseren Reihen. Das wird helfen, unsere Interessen für Brandenburg durchzusetzen«, so Stefan Zierke.

Die Landesgruppe der SPD hat alle zehn Direktmandate in Brandenburg gewonnen.

SEBASTIAN SCHMIDT

Sind wir alle Amerikaner?

von Christian Rehmer

Etwas mehr als ein Monat ist es her, daß die USA und ihre Verbündeten nach dem Zwanzigjährigem Krieg in Afghanistan schmachlich das Land verlassen mußten. Doch statt Besinnen hört man nur ein »Weiter so« und von »verstärkten Anstrengungen« – freilich nicht für friedliche Lösungen, sondern für noch mehr Rüstung und noch mehr Kriegsbündnisse gegen die längst ausgemachten neuen Feinde im näheren und ferneren Osten. Wir setzen wie angekündigt unsere Reihe mit Erinnerungen an die Zeit vor zwanzig Jahren fort. Der folgende (hier leicht gekürzte) Artikel von Christian Rehmer, geschrieben kurz vor dem Überfall der USA am 7. Oktober 2001, erschien zuerst in der »Barnimer Bürgerpost« vom Oktober 2001. (BBP-Redaktion)

Seit den Anschlägen von unbekannter Seite auf die wirtschaftlichen und militärischen Symbole der vereinigten Staaten von Amerika – das World Trade Center und das Pentagon – sind bereits vier Wochen vergangen. Mit Erstaunen stelle ich fest, daß die USA noch keine Vergeltungsschläge unternommen haben, wie dies z.B. nach den Anschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania geschah.

Selbst wenn die USA ... stets betonen, sie suchen auch nach politischen und ökonomischen Lösungen für die Terrorismusbekämpfung, ist nicht zu übersehen, daß sich das größte Heer der Erde in Bewegung gesetzt hat. Nicht nur mit Spezialeinheiten und Kampfjets, die präzise Ziele angreifen könnten. Nein, es sind auch unzählige Bomber dabei, welche bereits jetzt das Gerede von wenig verletzten Zivilisten als Phrase erscheinen lassen. Mit Bombardierungen kann man keine chirurgischen Einschnitte vornehmen!

Die USA bringen ihre Truppen in strategisch wichtige Positionen und lassen scheinbar völlig neue Bündnisse entstehen. So stehen US-Soldaten auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR – Tadschikistan und Usbekistan – und Dank der Erlaubnis der pakistanischen Regierung könnte Pakistan als Flugschneise für US-Flugzeuge fungieren. Das pakistanische Volk steht allerdings nicht so geschlossen hinter der Entscheidung seiner Regierung, wie unzählige antiamerikanische Demonstrationen beweisen. Der drohende Angriff der US-Militärs auf Afghanistan und der damit verbundene psychische Druck könnte das Land in einen Bürgerkrieg treiben. So sind bereits vor den ersten Bomben Kollateralschäden – neudeutsch für zivile Opfer, man redet seit dem NATO-Angriff auf Jugoslawien 1998 nicht mehr von Menschen – durch innerpakistanische Kämpfe zu erwarten. Als freie Entscheidung kann man die Zusammenarbeit zwischen der pakistanischen Regierung und den USA allerdings auch nicht bezeichnen. Wäre man nicht auf die Forderungen der USA eingegangen – Schließung der Grenze zu Afghanistan und Öffnung des Luftraumes für US-Militär – hätte man sich in die Reihe der »Schurkenstaaten« katapultiert und wäre selbst der Gefahr von US-Luftangriffen ausgesetzt. Nachdem der selbsternannte »Kreuzritter« Georg W. Bush die Welt in Gut (»zivilisierte Welt«) und Böse (»Schurkenstaaten«) teilte, müssen wir alle Amerikaner sein, um nicht als Schurken dazustehen. Militäri-

sche Folgen einer solchen Entscheidung kann sich jeder ausmalen, vor allem bei einem Land wie Pakistan, welche die Taliban jahrelang unterstützte und dessen Volk immer noch große Sympathie für die Taliban hegt...

An unserem Verständnis von Demokratie und Völkerrecht gemessen ist das autoritäre Regime der Taliban sicherlich menschenverachtend und daher abschaffungswert. Eine militärische Aktion soll anscheinend dazu dienen, erstens die Lager von Osama Bin Ladens Gruppe al-Qaida zu zerstören und zweitens das unliebsame Regime der Taliban – welche vor nicht all zu langer Zeit mit Unterstützung der Amerikaner gegen die Russen kämpften – zu stürzen. Im Exil werden jetzt schon die Vorbereitungen für eine Übergangsregierung getroffen. Es sollen also »Schuldige« für die Terroranschläge in den USA nach dem alten Brauch der Rache und dem Deckmantel der Prävention gefunden und außer Kraft gesetzt werden.

Doch wer ist denn schuldig? Welchem deutschen Bundestagsabgeordneten, der seine »uneingeschränkte Solidarität mit den USA« bekundete, welche laut Fischer* auch militärische Maßnahmen einschließt, wurden denn bisher Beweise vorgelegt? Es wäre naiv, so etwas jemals zu erwarten...

War nicht bereits vor der Tat schon ein Täter (Osama Bin Laden) ausgemacht? Wird hier nicht vielleicht vorschnell – völlig losgelöst von rechtsstaatlichen, demokratischen und christlichen Leitlinien – ein Feindbild aufgebaut, um die »zivilisierte und freie Welt« zu beruhigen? Mal ganz davon abgesehen, daß momentan einzig die Rüstungsindustrie von militärischen Lösungen profitiert und Sicherheitsfanatiker Hochkonjunktur haben. Eine militärische Lösung wäre also weder zweckmäßig, um vermeintlich »Schuldige« zu treffen, noch würde sie unsere vielbeschworenen Werte der christlich-westlichen Kulturen repräsentieren.

Wo läßt sich also eine Lösung zur Bekämpfung jeglichen Terrorismus auf der Welt finden? Haben die Terroristen dieser Tage etwas gemein mit den Freiheitskämpfern in Kolumbien, den Palästinensern im Nahen Osten, den Rebellen in Tschetschenien oder sind es wirklich nur von einem Patriarchen verblendete und ihre Religion mißverstehende Menschen? Auf der Suche nach dem Nährboden für extremistische Neigungen müssen wir uns zeitlich weit vor dem 11.09.2001 bewegen.

Überall auf der Welt leben Menschen in permanenter Demütigung, erzeugt durch ökonomische Ungerechtigkeiten. Selbstlegitimieren die USA überall auf der internationalen Bühne mit, hofiert und geduldet von der NATO und den Staaten der EU. All dies geschieht unter dem Deckmantel der Verteidigung unserer Vorstellung von Menschenrechten, von Demokratie und Freiheit. In Wahrheit ist die Motivation oftmals ökonomischer Natur und stark beeinflusst von der Durchsetzung des eigenen Werte- und Wirtschaftssystems.

Vor allem die Staaten der sogenannten dritten Welt sind finanziell von den Entscheidungen der USA abhängig. Die Dominanz der Amerikaner in den internationalen Gremien, wie der Welthandelsorganisation (WTO) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF), erzeugt oftmals Bedingungen, die einzig dazu dienen die ökonomische Abhängigkeit zu vergrößern und neuen Frei- und Expansionsraum für die amerikanische Wirtschaft zu schaffen. Droht der Einfluß auf eines dieser Länder zu schwinden und sind somit die ökonomischen Interessen Amerikas gefährdet, wird vehement nach militärischen Lösungen gesucht...

Speziell in Lateinamerika wurde jeder Versuch vereitelt, sich selbst aus der Abhängigkeit zu befreien. Angesehene Staatsmänner, die bemüht waren, die Reichtümer ihres Landes ihrem Volk zu Gute kommen zu lassen und daher versuchten, Wirtschaftssysteme einzuführen, die den Interessen der USA zuwiderliefen, wurden blutig gestürzt oder aus dem Verkehr gezogen (z.B. Dr. Salvador Allende 1973 in Chile oder die Regierung von Jacobo Arbenz in Guatemala 1954...). Es entstanden Diktaturen, die sich dem Willen der USA beugten und mit ihnen kooperierten. Den Ländern Afrikas oder Asiens erging es nicht besser.

Müssen wir bezüglich der genannten Beispiele nun die Angriffe neu interpretieren? Stehen die zerstörten Symbole der Macht – kapitalistischer wie imperialistischer – nur für den Tod von ca. 6000 unschuldigen Opfern, die am 11.09.2001 ihrer Arbeit nachgingen oder durch New York spazierten und an nichts Weltpolitisches dachten? Vielleicht waren sie auch ein Ort, von welchem aus man jahrelang Kriege inszenierte, Waffen verkaufte oder Hungersnöte in Kauf nahm, um wirtschaftliche Interessen durchsetzen zu können (z.B. Irak)?

Es war nicht nur ein feiger Angriff, der viele Menschen tötete. Es war auch die Kritik an einem System, welches seit vielen Jahren ökonomische und militärische Gewalt in die Welt sät. Die Staaten Europas stehen diesem System zumindest teilweise in nichts nach.

Will man den Terror nun wirklich bekämpfen, dann gilt es, die politischen Zielsetzungen zu überdenken. Nur ökonomische Gleichberechtigung, Freiheit und Unabhängigkeit könnten Extremisten ihren Nährboden entziehen und somit präventiv wirken. Bomben vergrößern ihn nur.

* – gemeint ist der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen)

Durch die technische Weiterentwicklung und durch die unkontrollierbare Weiterentwicklung der kapitalistischen Weltordnung sind gewisse Machtzentren entstanden. In diesen Machtzentren sinnieren ultrareiche Leute gemeinsam darüber, wie die Welt funktionieren sollte. Sie haben 3 Stell-schrauben, das Kapital, die Politik-Marionetten, sowie offizielle u. private Verblödungsmedien mit ihren Denkfabriken, Filmemachern, Buch-Historikern und Internetportalen wie z.B. Wikipedia oder das Bundesministerium für (einseitige) Bildung!

Die Gegner dieser ultrareichen Leute sind Menschen, die sich noch ein bißchen eigenständiges Denken bewahrt haben, die gewisse Dinge kritisch betrachten und sich die Zeit nehmen diese Dinge zu recherchieren und zu hinterfragen. Aber wer macht das schon?

Die meisten Menschen sind im ganz normalen Alltags-Wahnsinn damit beschäftigt, irgendwie klar zu kommen – Beruf, Familie usw. Und nach getaner Arbeit wird abends die Glotze eingeschaltet. Das ist wie 'ne Sucht und das ist heutzutage das Problem!

In dem Moment, wo die Glotze angeht, wird das Gehirn ausgeschaltet und die Einflußnahme beginnt, darüber gibt es offizielle Studien, das sind keine Verschwörungstheorien. Die Themen werden gezielt von den Medien vorgegeben. Was z.B. beschäftigt uns derzeit am meisten, vielleicht Fußball? Worüber soll sich das Volk unterhalten, aufregen, was soll das Volk konsumieren oder wovon soll es sich fürchten? In welchem »Schurkenstaat« muß die BRD demnächst militärisch verteidigt werden?

Aufgrund persönlicher Erfahrungen als Ossi kann ich behaupten, daß die Bevölkerung der BRD einseitig informiert wird. Es gibt hier im Osten seit 31 Jahren auch nur noch Westfernsehen. Zumeist ältere Mitmenschen die ohne Internet und Smartphone leben und grundständig sind, kämen niemals auf die Idee, an der Ehrlichkeit und Kompetenz von Regierungsbeamten bzw. an der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien zu zweifeln.

Sehr viel bedenklicher ist jedoch die Beeinflussung der jungen Menschen. Wer mit Halbwahrheiten aufwächst, hält diese Halbwahrheiten für die ganze Wahrheit. So erzieht man sich systemkonforme Menschen.

Man läßt sie meckern. Hier und da gibt es von Zeit zu Zeit ein kleines Trostpflaster und solange die Eigentumsfrage nicht gestellt wird, bleibt im Prinzip alles so wie es ist, frei nach dem Motto: Wohlstand genießen – Fresse halten – DANKE liebe Wähler !!!

Zur Sache: Es wird gerne damit geprahlt, daß die BRD eine der besten Verfassungen der Welt hat, das ist gelogen, die DDR-Verfassung war besser. Sie entstand nämlich, im Gegensatz zum Grundgesetz der BRD, durch Mitwirkung und Mitspracherecht der DDR-Bevölkerung.

Es existiert in der BRD seit 1945 nur ein provisorisches Grundgesetz und das ist keinesfalls wasserdicht. Es wird derzeit nach Belieben vom Parlament ausgehebelt.

Steter Tropfen höhlt den Stein

Meinungsmacher und Medienmacht

Die gesamte Menschheit befindet sich permanent im Krieg. Dieser Krieg spielt sich in den Köpfen der Menschen ab. Es geht um Macht und Einflußnahme zur Durchsetzung bestimmter Interessen. Es ist der Kampf um Herz und Hirn, der sich inzwischen zu einem globalen Informationskrieg entwickelt hat.

Lest euch mal die Artikel 1 bis 20 durch und vor allem Artikel 146. Ihr werdet staunen, was jederzeit möglich sein könnte! Nun, die derzeitigen sogenannten Volksvertreter in Regierung und Bundestag maßen sich doch tatsächlich an, dieses GRUNDGESETZ wiederholt durch ein Nebengesetz, dem Infektionsschutzgesetz auszuhebeln, einfach so, ohne uns, das Volk zu befragen.

Es wird auch sehr gerne damit geprahlt, daß die Würde des Menschen unantastbar sei und uneingeschränkte Meinungsfreiheit besteht. Wir leben hier angeblich in einer Demokratie, in der sich jedermann frei entfalten kann, solange sich an Recht und Ordnung gehalten wird usw. Wer tritt denn hier die Grundrechte mit Füßen, das kritische Volk, oder die von ihren Parteien ausgewählten Volksvertreter?

Real stelle ich fest, daß die wenigen Leute, die kritisch sind und nicht jede Pille schlucken, die ihnen über die staatlichen und privaten, gleichgeschalteten Qualitätsmedien aufgedrängelt wird, daß diese Menschen, die nicht brav und gehorsam im Gleichschritt auf der vorgegebenen Regierungslinie mit marschieren, inzwischen wissen, daß es bezahlte, von irgendwelchen Geldern und Posten abhängige Experten und Regierungsberater gibt, die ihre Meinung öffentlich verbreiten dürfen und im Gegensatz dazu unabhängige Experten, Top-Wissenschaftler, Mediziner, Journalisten und

Rechtsanwälte als Verschwörer verleumdet, zensiert und auf Anordnung der Regierung vom Verfassungsschutz beobachtet werden, weil sie völlig andere Erkenntnisse haben.

Das wird nicht öffentlich diskutiert, sondern verurteilt! Das ist ein Skandal. Und die Masse schweigt. Von wegen Demokratie und Meinungsfreiheit.

Menschen, die im Zweifelsfall Meinung und Gegenmeinung studieren, um vergleichen zu können, Menschen, die begriffen haben, was Demokratie tatsächlich bedeutet, die friedlich protestieren gegen die einseitige Darstellung einer Problematik globalen Ausmaßes, diese Menschen werden von der Polizei mit Gewalt an der Wahrnehmung ihrer Grundrechte gehindert. Diese Menschen sind doch keine Schädlinge der Gesellschaft, sondern vielmehr Vorbilder für die schweigende Masse.

Was mich am meisten erstaunt ist die traurige Tatsache, daß die Partei Die Linke und selbst gestandene Kommunisten der Propaganda ihrer politischen Gegner so dermaßen auf den Leim gehen und – wahrscheinlich aus Angst – nicht mehr klar denken können.

Baldige Genesung wünsche ich allen Medienopfern der westlichen Wertegemeinschaft.

ECKHARD LAURICH,

Mitglied im Bündnis für den Frieden

(Rede am Weltfriedenstag 2021 am Kirchhang in Eberswalde)

Kriegsvorbereitung:

Rußland im Militärmaßstab

Berlin (gfp/bbp). Die Bundeswehr hat einen Auftrag zur »Herstellung und Lieferung« hochauflösender Landkarten von Rußland vergeben, berichtet das antimilitaristische Nachrichtenportal german-foreign-policy.com. Es gehe dabei um Wanderkarten »im Militärmaßstab«. Auf ihnen solle sich »mehr als nur Straßen, Wege und Häuser erkennen lassen«, heißt es. Auftragnehmer ist eine Arge VEHA GbR (»Arbeitsgemeinschaft Vektordatenerfassung Hohe Auflösung«), die von drei Lieferanten der Bundeswehr sowie anderer Streitkräfte gegründet worden ist: vom Dienstleister IABG, von der zum italienischen Rüstungskonzern Leonardo gehörenden GAF AG (München) und von der Airbus DS Geo (Immenstaad am Bodensee).

Die drei Unternehmen sind »im Wachstumsmarkt Fernerkundung samt Datenanalyse« tätig. Experten weisen darauf hin, daß der Bundeswehrauftrag nicht isoliert zu sehen ist: »Vielleicht gibt es ein Geodaten-Kooperationsnetzwerk

(MGCP), bei dem sich 32 Länder mit dem Kern der Nato-Mitglieder wechselseitig mit Fotos und Karten versorgen.« Die »Detailstärke« betrage gewöhnlich »unter 50 Zentimeter bis maximal ein Meter pro Bildpunkt«; damit ließen sich »jeder etwas größere Baum« sowie »jedes Fahrzeug« erkennen.

Parallel zur Beschaffung der militärisch nutzbaren Karten schwellen die Spannungen immer weiter an. Zuletzt hat die EU Rußland mit neuen Sanktionen gedroht. Bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) heißt es, es seien nicht nur neue »Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit im Rahmen von NATO und EU« zu tätigen; es gelte darüber hinaus den »Wandel in Rußland« zu fördern. Gleichzeitig sperrt der US-Konzern Google auf seiner Videoplattform YouTube den deutschsprachigen Ableger des Auslandssenders Russia Today, RT DE. Der Schritt ähnelt Maßnahmen, die die DGAP begleitend zu einer aggressiveren deutschen Außenpolitik vorschlägt.

Die Irrfahrt des Tilo Kalski

Im Unterschied zur Irrfahrt des Odysseus, der mit seinen Gefährten eigentlich nur nach Hause wollte, folgt die Irrfahrt des Tilo Kalski einem festen Plan und zu Zielen fern der heimatischen Gewässer, die zu schützen eigentlich Aufgabe der BRD-Kriegsmarine sein sollte. Es sind diese Ziele, die diese Schiffsfahrt zur Irrfahrt machen.

Fregattenkapitän Tilo Kalski befehligt die Fregatte »Bayern« der deutschen Bundesmarine und ist mit seinem Schiff seit August auf großer Fahrt. Erstmals seit vielen Jahren ist mit der »Bayern« wieder ein deutsches Kriegsschiff im Fernen Osten unterwegs. Da werden nostalgische Erinnerungen an Kaisers Zeiten nach, als deutsche Helden in China wie die Hunnen hausten.

Nach gemeinsamen Übungen mit indischen, US-amerikanischen und pakistanischen Kriegsschiffen im Arabischen Meer nahm die »Bayern« am 12. September von Karachi (Pakistan) aus Kurs auf Diego Garcia. Diese Insel im Indischen Ozean gehört zum Chagos-Archipel, den Großbritannien im Verlauf der Entkolonialisierung seiner damaligen Kolonie Mauritius entrissen hat, um den USA den Bau eines Militärstützpunkts zu ermöglichen. Mehrere UN-Gerichte haben inzwischen die Rückgabe des Archipels an Mauritius verlangt. Mit dem Halt der »Bayern« in diesem US-Kriegshafen wird der Völkerrechtsbruch de facto akzeptiert. Das hat Sevim Dagdelen kritisiert, die für Die Linke bisher im Auswärtigen Ausschuss des Bun-

destages saß. Sie sprach von einer »Irrfahrt des Kriegsschiffs gegen internationales Recht«, die »unverzüglich gestoppt werden« müsse.¹

Die Bundesregierung schert auch dieser Völkerrechtsbruch nicht. Dabei hatte Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer die Fernosttour der »Bayern« damit begründet, daß derzeit versucht werde, »Gebietsansprüche nach dem Recht des Stärkeren durchzusetzen« und es sei der Bundesregierung »nicht egal ... wenn völkerrechtswidrige Fakten geschaffen werden«. Aber diese Worte bezogen sich natürlich nicht auf die illegale Okkupation der Inseln im Indischen Ozean durch die NATO-Verbündeten, sondern nur auf chinesische Aktivitäten bezüglich unbewohnter Atolle im Südchinesischen Meer.

China hat in der Zwischenzeit auf den geplanten Besuch der »Bayern« in Shanghai dankend verzichtet, da die Tour der »Bayern« nicht der Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der Region dient.

Von Diego Garcia aus nahm die bundesdeutsche Fregatte dann Kurs auf Australien, wo die US-Army derzeit ihre Präsenz deutlich ausweitet. Vom Aufbau einer »Kampfpräsenz« im Nor-

den Australiens ist die Rede, die »am oberen Ende« des Kampfspektrums angesiedelt sein und »einige der am stärksten geheimgehaltenen US-Fähigkeiten« umfassen soll.² Hintergrund dafür ist das neue gegen China gerichtete Kriegsbündnis AUKUS (Australia, United Kingdom, United States), das freilich auch den Interessen von EU-Rüstungskonzernen, besonders französischen, entgegenläuft, denen nun ein 56 Milliarden Euro schwerer Rüstungsauftrag entgeht.

Derzeit ist die »Bayern« auf dem Weg zur Pazifikinsel Guam – US-Kolonie und Militärstützpunkt. Von hier aus starteten die B-52-Bomber, die Vietnam »in die Steinzeit zurückbomben« sollten. Für China stellt dieser Militärstützpunkt im Zuge der zunehmenden Spannungen mit den USA eine direkte militärische Bedrohung dar.

Der weitere Weg der »Bayern« soll, statt auf direktem Kurs, durch das Südchinesische Meer und entlang der chinesischen Küste nach Japan führen. Nach der Ausladung aus Shanghai fordern einige bundesdeutsche Falken gar die provokative Durchfahrt zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland.

G.M.

1 – »Eine gewisse Doppelmoral«, german-foreign-policy.com vom 09.09.2021

2 – »Der AUKUS-Pakt und die Fregatte Bayern«, german-foreign-policy.com vom 20.09.2021

24. Regionalparklauf im Lenné-Park

Der 24. Regionalparklauf des Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. zog in diesem Jahr etwa 200 Menschen in den Blumberger Lenné-Park. Pünktlich um 10 Uhr gaben am 14. September Torsten Jeran, Vorsitzender des Regionalparkvereins, und Wilfried Gehrke, Bürgermeister der Gemeinde Ahrensfelde, den Startschuß für den Lauf durch die historische Grünanlage und die angrenzende Feldmark.



Foto: DAVID SUMSER

Trotz der feuchten Witterung erreichten 164 Läufer:innen das Ziel und konnten sich dort, getreu dem Motto des Laufs, »'n Appel und 'n Ei« abholen. Neben Urkunden und Medaillen für die Laufenden in den Altersklassen von U 8 bis M 80, gab es zudem die Ehrung der Feldmäcker des Jahres der vergangenen beiden Jahre sowie Prämierungen für die Gewinner:innen des Fotowettbewerbs der Initiative »Ahrensfelde summt!«.

Auf 1,5 Kilometern waren in der Altersklasse U 8 ROSA THIELEMANN vom Team Thielemann Basdorf und TED STRELOW aus Blankenburg die Schnellsten. In der Altersklasse M 80 war auf 6,5 Kilometern HORST-DIETER KANWIL-

SCHER vom Behindertensport Zehdenick an der Spitze. Als ältester Teilnehmer absolvierte er die Runde in 49 Minuten und 33 Sekunden. DENIS GEHDE vom SV Berlin-Buch (M 30) war der Schnellste auf 13 Kilometern. Mit 48 Minuten und 36 Sekunden lief er etwa 9 Minuten schneller als INES SOBOTTA (M 40) vom SV Motor Eberswalde, die als schnellste Frau die Strecke in 57 Minuten und 20 Sekunden lief. Beide erhielten für ihre Leistung den Pokal des Bürgermeisters. Alle Zeiten und Urkunden im Internet unter www.ziel-zeit.de.

MANFRED GESKE aus Ahrensfelde und RAIMUND ANKE aus Werneuchen erhielten die Urkunden als Feldmäcker der Jahre 2020 und

2019 ausgezeichnet. »Manfred Geskes Unterstützung bei der Entwicklung eines Radverkehrskonzepts für die Regionalparkregion und Raimund Ankes praktischer Einsatz für den Erhalt des Gutparks in Hirschfelde sind herausragende positive Beispiele dafür, wie sich Menschen für einen lebenswerten Regionalpark Barnimer Feldmark einsetzen. Dafür bedankt sich der Vereinsvorstand von Herzen«, so Lothar Ast, Vorstandsmitglied des Regionalparkvereins.

Abschließend wurden die Gewinner des Fotowettbewerbs der Initiative »Ahrensfelde summt!« prämiert. Die 20 Teilnehmenden hatten rund 200 Fotos von Tieren und Pflanzen eingereicht. Eine Jury aus Schülern der Doce-mus Privatschule Blumberg sichtete und bewertete die Wettbewerbsbeiträge. »Besonders fleißig war Sabrina Wöhlert, die über 120 Fotos eingereicht hat, und dafür von uns den Sonderpreis als fleißigstes Bienchen erhält«, so Frau Wahl, Mitarbeiterin der Gemeinde Ahrensfelde. »Ihre und auch viele weitere wunderschöne Fotos sollen demnächst ausgestellt werden und zudem im Internet, z.B. auf der Internetseite der Initiative, veröffentlicht werden.« Als Preise erhielten die Teilnehmenden Honig von lokalen Imkern und Einkaufsgutscheine für regionale Hofläden und Gärtnereien.

»Ein besonderer Dank gilt auch in diesem Jahr wieder Siglinde Stölger, die als Organisatorin des Laufs zum wiederholten Mal den Lenné-Park mit sportlicher Freude erfüllt hat«, hält Torsten Jeran fest.

Ganzheitliche Ernährung (11)

In der BRD leiden mehr als sechs Millionen Menschen an Diabetes und jedes Jahr sind mehr Menschen davon betroffen. Bisher bedeutete die Diagnose *Diabetes* eine lebenslange Einnahme von Tabletten und/oder das Spritzen von Insulin.

Aber auch mittels einer *Ernährungsumstellung* lassen sich durchaus hervorragende Ergebnisse erzielen. Oftmals besteht das Ziel in einer *Gewichtsreduktion*. Die Gewichtsreduktion hilft bei Diabetes Typ 2 dabei, die natürliche Insulinproduktion wieder anzukurbeln. Allerdings wird eine Ernährungsberatung von Diabetikern bisher nur von wenigen Krankenkassen unterstützt. Im Rahmen der Ernährungsumstellung wird eine *gesunde, ausgewogene Vollkost* angestrebt, also vor allem viel Gemüse und Vollkorn. Weiterhin stehen gesunde Fette im Mittelpunkt, ebenso wie das Eiweiß.

Empfehlenswerte Lebensmittel sind *Vollkorngetreideprodukte*, vor allem aus Hafer, aber auch aus Dinkel, Gerste und Roggen. Ebenso sind die sogenannten Scheingetreide wie Amaranth und Quinoa geeignet.

Der Speiseplan sollte ein bis zwei Handvoll *Obst* enthalten. Empfehlenswert sind Beeren wie Erdbeeren, Heidelbeeren, Stachelbeeren, Himbeeren, Brombeeren und Johannisbeeren, aber auch Äpfel, Pflaumen, Pfirsiche, Sauerkirschen oder Zwetschgen, genau so wie Kiwis, Aprikosen, Orangen und Wassermelonen. Von folgendem *Gemüse* sollten drei Handvoll am Tag verzehrt werden: Hülsenfrüchte wie Erbsen, Bohnen oder Linsen, alle Salatsorten, alle Arten von Kohl sowie Zucchini, Tomaten, Spargel oder Sauerkraut.

Wenn Sie *Nußkerne und Samen* vertragen, so können Sie diese ruhig genießen, etwa 20 bis 30 Gramm pro Tag: Geeignet sind alle Nüsse außer Erdnüsse, aber auch Leinsamen oder Kürbiskerne oder Sonnenblumenkerne kommen in Frage.

Bei *Fetten und Ölen* sollten Sie Rapskernöl, Leinöl, Walnußöl, Olivenöl oder Butter bevorzugen. *Fisch und Meeresfrüchte* sind ein bis zweimal die Woche empfehlenswert, maximal 250 Gramm. Der Fisch sollte weder paniert noch in Mayonnaise oder Sahne eingelegt sein. *Eier* können Sie in allen Variationen verzehren (Rührei, Spiegelei, gekocht...), allerdings nicht mehr als 5 pro Woche.

Buttermilch ist wie Naturjoghurt, Naturquark oder auch Milch in Ordnung. Wenn Sie allerdings an einer Fettleber leiden, sollten Sie nur fettarme Milchprodukte zu sich nehmen. Auch Käse kann verzehrt werden, bis 45% i.Tr. Wurstwaren und Fleisch sollten nicht mehr als 250 Gramm pro Woche verzehrt werden, geeignet sind Kochschinken, Lachsschinken, Schweinefilet, Rinderfilet, aber auch Hühnerfleisch oder Putenfleisch. Trinken sollten Sie vor allem Wasser sowie ungesüßten Tee bzw. Kaffee.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)
Fragen? eMail an: willkommen@hinneberg.info

Menschen mit Demenz:

Als Gesellschaft Verständnis aufbringen

Auch in diesem Jahr fanden im Rahmen der »Woche der Demenz« rund um den »Welt-Alzheimerstag« am 21. September 2021 im Alloheim »Haus am Werbellinsee« in Altenhof Aktionen statt mit umfassenden Tips, Unterstützung und Beratung zu diesem wichtigen Thema. »Demenz – Genau hinsehen« lautet das diesjährige Motto.

Woran erkenne ich eine beginnende Demenzerkrankung von Angehörigen? Wo finde ich Unterstützung? Wann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem ich die Pflege nicht mehr alleine stemmen kann und welche Möglichkeiten und Arten der Betreuung gibt es? Dies sind nur einige der Fragen, die sich täglich tausende von Menschen in Deutschland stellen. Weltweit sind mehr als 50 Millionen Menschen davon betroffen. Tendenz steigend.

Die Diagnose Demenz bedeute keinesfalls soziale Isolation. Unser Ziel ist es, Betroffenen ein Leben in der Mitte der Gesellschaft zu ermöglichen. Hobbies nachgehen, im Freundeskreis aktiv bleiben oder sich in Vereinen oder in der Gemeinde einbringen. All das ist möglich, wenn wir als Gesellschaft mehr Verständnis für diese Erkrankung aufbringen und Betroffene entsprechend miteinbeziehen und unterstützen.

Wichtig ist es, den Betroffenen auf der Zeitebene zu begegnen, in der sie sich gerade befinden und dabei individuell auf ihre Fähigkeiten und ihre Biographie einzugehen. Auch eine feste Tagesstruktur und wiederkehrende Rituale sind wichtig, um demenziell Erkrankte ein angstfreies Lebensumfeld zu bieten. Unsere Alloheim Seniorenresidenz bietet dazu beispielsweise helle, große Aufenthaltsbereiche an, die

nostalgisch eingerichtet sind. Ebenso werden vielfältige Rückzugsorte angeboten. Die speziell ausgebildeten Teams der Einrichtung halten sich bei der Planung der Aktivitäten penibel an die Hobbies, den Beruf und auch die Erfahrungen in Kindheit und Jugend der Bewohner.

Wer beispielsweise sein Leben lang gerne im Garten gearbeitet hat, wird das auch heute noch gerne tun, also wird diese Tätigkeit ermöglicht oder simuliert. Eine Neuerung hierbei ist die Nutzung von »Virtual Reality«-Brillen. Spaziergänge am Strand, Schwimmen mit Delphin oder eine Bergwanderung – die VR-Brille macht es auf Knopfdruck möglich.

Auf große Begeisterung demenziell erkrankter Bewohner stößt auch die »Tovertafel«. Dabei werden unterschiedliche Spiele oder Übungen über einen Projektor auf einem Tisch abgebildet. Neben rein digitalen Programmen können auch reale Dinge, beispielsweise Steine, Seifenblasen oder Spielfiguren in den Ablauf integriert werden. Ein Konzept, das Freude macht und ganz nebenbei das Gedächtnis, die Motorik und die Konzentration fördert.

Auch wenn Demenz nicht heilbar ist, so können wir doch auf vielfältige Möglichkeiten zur Förderung, Stabilisierung oder Mobilitätsverbesserung von Erkrankten zurückgreifen.

SAMUEL WIEDEBUSCH

Vereinte Bürger in Landrats-Stichwahl

Erstmals seit ihrem Bestehen hat ein Kandidat von BVB/Freie Wähler die Stichwahl bei einer Landratswahl erreicht. Im Barnimer Nachbarkreis Märkisch-Oderland gelang dies RICO OBENAUF am 26. September. Mit 23,1 % der Wählerstimmen zog er in die zweite Runde der Landratswahl ein. Die Bewerber von AfD und Linken konnte er hinter sich lassen. Am 17. Oktober zwingt er den seit 16 Jahren amtierenden SPD-Landrat Schmidt zum Duell.

Die zweite Runde wird nicht mehr von einer für die SPD günstigen Bundestagswahl überlagert. So kommen regionale Themen stärker in den Fokus: eine bedarfsgerechte Schulentwicklung, ein besserer Ausgleich zwischen Stadt und Land sowie ein bürgerfreundlicherer ÖPNV. Zudem unterstützt Obenauf aktiv das noch vor der Stichwahl startende Volksbegehren zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge.

PÉTER VIDA

Streik bei den Naturfreunden

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hatte die Beschäftigten des Vereins Naturfreunde Deutschland und die des Naturfreunde-Verlages Freizeit und Wandern GmbH am 8. Oktober zu einem Warnstreik aufgerufen. Die Aktion fand während des Bundeskongresses der Naturfreunde Deutschland statt. Beteiligt waren die Beschäftigten der Bundesgeschäftsstelle der Naturfreunde in Berlin.

Anlaß für die Auseinandersetzung sind Tarifverhandlungen für die rund zwanzig Beschäftigten der NATURFREUNDE DEUTSCHLAND E.V. und der NATURFREUNDE-VERLAG FREIZEIT UND

WANDERN GMBH. In den bisherigen Gesprächen war die Arbeitgeberseite nicht bereit, auf die Forderungen der Beschäftigten einzugehen. ver.di fordert die Verringerung der Wochenarbeitszeit für alle auf 39 Stunden, das Recht auf mobile Arbeit und einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen.

Die Gewerkschaft ver.di hat mit dem kurzfristig anberaumten Warnstreik der Arbeitgeberseite signalisiert, daß die Gewerkschaft ein verhandlungsfähiges Angebot erwartet, um den Konflikt beilegen zu können.

HELGE BIERING

Die Wriezener Bahn im Landtag

Die Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler fordert ein klares Bekenntnis der Landesregierung zur Reaktivierung der Wriezener Bahn und erwartet einen klaren Fahrplan, bis wann die Züge dort wieder rollen.

Viele sind schon eingestiegen in den WRIEZENER BAHN E.V. Zu den Mitgliedern gehören die anliegenden Kommunen und Ämter, der Landkreis Märkisch-Oderland, die IHK Ostbrandenburg, weitere Institutionen und zahlreiche Bürger und zuletzt auch der Landkreis Barnim. Trotz dieses großen und breiten Bündnisses und der geäußerten Unterstützung aller im Landtag vertretenen Parteien und ihrer Vertreter passierte bisher bei der Landesregierung wenig, um auf der Strecke wieder Züge fahren zu lassen.

Die Bürger sehen jeden Tag die dringende Notwendigkeit dieser Bahnlinie. Wer sich einmal zum Berufsverkehr auf der B158 einord-

net, spürt, wie wichtig neue ÖPNV-Angebote im Umland von Berlin wären. Und es würde helfen: Auch der neue 30-Minuten-Takt von Werneuchen über Ahrensfelde bis nach Berlin-Lichtenberg wurde sehr gut angenommen.

Die Reaktivierung der Wriezener Bahn wäre damit ein wichtiger Baustein für die Verbesserung der ÖPNV-Anbindung des nordöstlichen Brandenburgs und des Oderbruchs mit Berlin. Dieses attraktive Bahnangebot würde einen Beitrag zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs schaffen. Und damit einen Beitrag zur Entlastung der überfüllten Straßen, hin zur einer Klima- und Verkehrswende.

PÉTER VIDA



FOTO: GRÜNE JUGEND BRANDENBURG

Die Grünen und die Linksjugend hatten in diesem Sommer schon mal an der Bahn zwischen Werneuchen und Wriezen nach einem Zug Ausschau genommen. Leider vergeblich.

RB63 mit 100km/h in den Regelbetrieb!

In der Planung für die Eisenbahnstrecke RB 63 von Eberswalde nach Templin Stadt sollte für die neue Verkehrswende weitläufig gedacht werden. Daher schlage ich vor, das Gleis für eine Geschwindigkeit von 100 km/h aufzuarbeiten und Umsteigemöglichkeiten am Hauptbahnhof Templin für die bestehenden und wieder aufzubauenden Strecken Prenzlau und Fürstenberg herzurichten.

Die neue umweltorientierte Verkehrswende verlangt diese ländlichen Anbindungen unbedingt. Es wird dann ein vielgenutztes Verkehrsnetz auf der Schiene wiederentstehen. Die Umweltaktivisten verlangen danach. Die UBB (Usedomer-Bäder-Bahn) würde dann, wie sie schon ankündigten, von Templin bis Ahlbeck pendeln.

Zuspruch haben wir da zur Genüge. Für weitreichende Planung sollte ein nördlicher Berliner Eisenbahn-Außenring von Berlin-Ostkreuz über Bernau-Eberswalde-Joachimsthal-TEMPLIN-Zehdenick-Löwenberg-Oranienburg und zurück nach Berlin-Ostkreuz im

Stundentakt in beide Richtungen von 4 Uhr bis 24 Uhr täglich stattfinden. Pendler, Touristen mit und ohne Fahrzeuge, Reisende mit größerem Gepäck, Studenten (EU-weit) wie des Joachimsthaler Gymnasiums Templin mit neu eingerichtetem Bedarfshalt usw. würden davon profitieren. Die jetzigen Busanbindungen sind für viele zu kompliziert. Tun wir doch endlich mal was für die Bevölkerung und nicht immer nur profitendend.

Ein bedingter Güterverkehr könnte dann auch wieder stattfinden. Wie die Splittverladung in Millmersdorf. Dort werden mehrfach übers Jahr 40 Waggons mühselig mit Bagger entladen und ein paar hundert Meter mit LKWs zur anderen Seite umgesetzt, obwohl die Gleise dafür alle noch vorhanden sind. Sogar ist für mich bei dieser hohen CO₂ Umweltbelastung nicht verständlich. Sagen Sie nicht, das geht nicht. Sagen Sie, wie und wann geht es. Dann erst entsteht umweltfreundliche Politik.

HANS-JOACHIM ROWOLD, Sprecher der Bürgerinitiative Mehr Eisenbahn für Brandenburg

Moore im urbanen Raum

Eberswalde (prest-ew). Am 23. September verlieh die Stadt Eberswalde im Rahmen der Immatrikulationsfeier an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNEE) den Nachhaltigkeitspreis 2021 der Stadt Eberswalde.

In diesem Jahr erhielt SILVAN WEBER den mit 1.000 Euro dotierten Nachhaltigkeitspreis für seine Master-Arbeit mit dem Titel »Moore im urbanen Raum als Beitrag zum Klimaschutz: Erfassung des gegenwärtigen Zustands der Moorflächen im Stadtgebiet Eberswalde und Ableitung erster Handlungsoptionen«, entstanden im Fachbereich Landschaftsnutzung und Naturschutz.

Mit seiner Arbeit setzte sich Weber gegen drei weitere Arbeiten durch, deren Themen von der Zwischennutzung städtischer Brachflächen und Leerstände, über die Untersuchung der Raumwahrnehmung von Jugendlichen und deren Einfluß auf attraktiv nutzbares Raumangebot für diese Zielgruppe, bis hin zur Entwicklung neuer Kommunikationsstrategien für Führungspersönlichkeiten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung reichten.

Die Arbeit des Preisträgers wurde von der Jury als hervorragend, wissenschaftlich sehr fundiert und mit einem hohen Transferpotential ausgestattet beurteilt. Silvan Weber widmet sich zunächst den theoretischen Grundlagen wie zum Beispiel dem Wetter in Brandenburg und Prognosen für den Klimawandel, der Entstehung der Moore in Brandenburg, der Betrachtung des Zustands der Moore sowie ihrer Bedeutung für den Klimawandel und der Anpassung an diesen. In der Folge hat der Absolvent 149 Moorflächen in Eberswalde zusammengetragen, teilweise kartiert und vermessen sowie für 130 von ihnen den Kohlenstoffspeicher ermittelt – insgesamt 580.000 Tonnen binden die städtischen Moore.

»Die Arbeit von Herrn Weber zeigt sehr eindrücklich, wie wichtig der Moorschutz für den Klimaschutz ist und das auch und vor allem hier bei uns in Eberswalde«, so Bürgermeister Friedhelm Boginski. »Gerade die praktischen Handlungsempfehlungen, wie sie Herr Weber erarbeitet hat, sind für uns als Stadtverwaltung eine besonders wertvolle Bereicherung«.

Mit der Auszeichnung durch den Nachhaltigkeitspreis der Stadt Eberswalde werden HNEE-Absolventen gewürdigt, die mit beispielhaften, wissenschaftlichen Arbeiten einen besonderen Beitrag zu einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Entwicklung der Stadt leisten. Ziel des Preises ist es auch, eine Vorbildfunktion und Anregung für die Studienanfänger und -anfängerinnen zu bieten. Der Preis verdeutlicht, daß die Ergebnisse der studentischen Abschlußarbeiten wichtige Impulse für die städtische Entwicklung sind und in die tatsächliche Gestaltung der Stadt einfließen. Bewerbungen für den jetzt jährlich verliehenen Preis können bis zum 31. August jeden Jahres eingereicht werden. Mehr Informationen zum Bewerbungsverfahren unter www.eberswalde.de/nachhaltigkeitspreis.

Die Landtagsfraktion von BVB/Freie Wähler hat kürzlich ihr Energiekonzept 2040 für Brandenburg und Berlin vorgestellt. Schwerpunkte sind der Ausbau der Photovoltaik, zusätzliche GuD-Kraftwerke (Gas- und Dampf-Kraftwerke) als Reserve und Power-to-Heat (Strom zu Wärme) zur Zwischenspeicherung von periodischen Energieüberschüssen.

Ziel des Energiekonzeptes ist es, mit bezahlbarer Technik trotz Kohleausstieg der Region rund um die Uhr Versorgungssicherheit zu bieten. Gleichzeitig sollen hierbei die CO₂-Emissionen stark reduziert werden.

Aufgrund der zu erwartenden Zunahme von Elektromobilität wurde ein Anstieg des Elektroenergieverbrauchs bis 2040 um rund 10 % angenommen. Eine Simulation, die Produktion und Bedarf an Elektroenergie und Fernwärme auf stündlicher Basis berechnet, wurde genutzt, um das Konzept zu prüfen und die geplanten Maßnahmen zu optimieren. Der Einfluß des Wetters wurde dabei auf Grundlage von Einspeiseprognosen des Netzbetreibers 50Hertz simuliert.

Die Maßnahmen wurden so festgelegt, daß trotz des Wegfalls aller Kohlekraftwerke die Versorgung rund um die Uhr aus den lokalen Kraftwerken sichergestellt wird.

Für die Elektroenergie- und Fernwärmeerzeugung ergibt sich gegenüber den Werten von 2018/2019 zudem ein Rückgang der CO₂-Emissionen um 86,4 %.

Die Investitionskosten für die einzelnen Maßnahmen schätzt die Fraktion auf etwa 4,6

BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg:

Energiekonzept 2040

Milliarden Euro. Rund 90 % der Investitionen entfallen dabei auf Photovoltaikanlagen und GuD-Kraftwerke, die bereits ohne große Förderung zu Marktpreisen produzieren können. Entsprechend finanzieren sich diese Maßnahmen zu den heutigen Strom- und Fernwärmepreisen selbst. Die immer weiter fortschreitende Erhöhung der Stromkosten könnte damit also gestoppt werden.

Die wichtigsten Maßnahmen im Rahmen des Energiekonzeptes 2040 für Berlin-Brandenburg im Überblick:

– Aufgrund des auf Bundesebene beschlossenen Kohleausstiegs werden die Stein- und Braunkohlekraftwerke stillgelegt.

– Die Nennleistung der Windkraft verbleibt bei 8.000 MW.

– Es erfolgt ein Ausbau der Photovoltaik von derzeit 4.700 MW auf 10.000 MW auf Dachflächen und nicht landwirtschaftlich nutzbaren Flächen der ehemaligen Tagebaue der Lausitz.

– Biogas bleibt bei ca. 200 MW Durchschnittsleistung, die Einspeisung wird jedoch flexibler. Als Biomasse werden mehr organische Abfälle (Biomüll, Klärschlamm) eingesetzt, im Gegenzug wird der Einsatz von Biomasse aus Mais-Monokulturen zurückgefahren.

– Für Dunkelflauten werden neue Gaskraftwerke als Reserve errichtet. Hierfür erfolgt der Bau von hocheffizienten Gas- und Dampf-Kraftwerken (GuD-Kraftwerken) mit Kraft-

Wärme-Kopplung. Die Nennleistung steigt von derzeit 1.155 MW auf 4.000 MW. Abwärme wird als Fernwärme verwendet (Kraft-Wärme-Kopplung).

– Im Bereich Power-to-Heat wird die Umwandlungskapazität von derzeit ca. 170 MW auf 2.750 MW erhöht. Die Anlagen werden vorwiegend in den GuD-Kraftwerken installiert. Bei Überschüssen an Erneuerbarer Energie im Netz wird diese in den GuD-Kraftwerken anstelle von Gas in Wärme umgewandelt. Somit dienen die »Reservekraftwerke« zusätzlich als zuschaltbare Lasten zur Netzstabilisierung.

– Wärmespeicher werden von derzeit 4.300 MWh auf 16.000 MWh ausgebaut. Hierdurch kann die Produktion von Elektrizität mit anfallender Abwärme sowie die Umwandlung überschüssiger Erneuerbarer Energie (Power-to-Heat) zeitlich von der Nutzung der anfallenden Fernwärme getrennt werden.

– Es erfolgt ein Ausbau der Wasserkraft von 5 auf 10 MW.

Die detaillierte Vorstellung des Energiekonzeptes 2040 findet sich unter: www.bvb-fw-fraktion.de. Das Energiekonzept 2040 wurde bereits seit 2020 ausgearbeitet, unter anderem auf Grundlage der Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage »Chancen, Kosten und Risiken der Erneuerbaren Energien in Brandenburg« (DS 7/2213).

Die Baumaßnahmen im Baufeld 4 (Golzow – Sydower Fließ, Masten 217-281) für das umstrittene 380kV-Freileitungsprojekt werden von 50 Hertz beharrlich und zügig vorangetrieben. Schließlich gilt es Fakten zu schaffen, bevor das Bundesverwaltungsgericht sich intensiver mit dem Freileitungsprojekt befaßt. Die Warnung, die das Gericht in seinem Beschluß vom 12. November 2020 (BBP 12/2020-1/2021) ausgesprochen hat, halten die Macher bei 50 Hertz für unerheblich.

Mit dem Beschluß vom 15. Juni 2021 zum Rechtsschutzantrag (BBP Sommer/2021) hat das Bundesverwaltungsgericht für die Baufelder 1-3 (zwischen Mast 1 und Mast 217) einen Baustopp verhängt und festgestellt, daß die Erfolgsaussichten der Klage nicht im summarischen Verfahren zu beurteilen sind. Viele Frage seien in der Hauptverhandlung zu klären. Damit hat das Gericht der Rechtsauffassung des LBGR und von 50 Hertz, die Klage sei unbegründet und abzuweisen, klar widersprochen.

Inzwischen stehen die ersten Masten bereits nördlich des Finowkanals zwischen Britz und Golzow (Mast 225-219), also auf dem Gebiet des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin (siehe Foto). Für die letzten beiden Masten (218 und 217) an der Grenze zum Baufeld 3, in dem der Baustopp greift, sind die Fundamente

50 Hertz treibt Hasardspiel auf die Spitze:

Strommasten in der Biosphäre

gegossen und liegt das Material zur Montage des Gestänges bereit.

Südlich von Mast 225 sind vorbereitende Maßnahmen für Fundamentarbeiten erkennbar. Wer die Verbindungsstraße von Golzow nach Britz entlangfährt, kann die Masten sehen und unschwer erkennen, daß sie die Bestandsleitung deutlich überragen. **Mit dem Angriff auf das Biosphärenreservat treibt 50Hertz sein Hasardspiel auf die Spitze.**

Für die Querung Eberswaldes hat 50 Hertz die Errichtung der Maste für das kommende Frühjahr/Sommer angekündigt. Zunächst will man im Bereich der Garagen, die einem Mastfundament im Wege stehen, für Baufreiheit sorgen.

Da Friedhelm Boginski auf der Landesliste der FDP in den Bundestag gewählt wurde, stehen in Eberswalde Bürgermeisterwahlen an-



Foto: HARTMUT LINDNER

Mal sehen, ob der Konflikt um die 380 kV-Freileitung in dem kommenden Wahlkampf um das Bürgermeisteramt eine Rolle spielt.

HARTMUT LINDNER, BI »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!«

www.trassenfrei.info

Hoffnungen im »Sozialen Brennpunkt«

Eberswalde (bbp). Das Einkaufszentrum (EKZ) »Heidewald« hat einen neuen Eigentümer. Der MOZ-Reporter Sven Klamann berichtet in seinem Artikel vom 7. Oktober von einem »erschreckend hohen Leerstand«, den schon ein Blick auf die Hinweistafel vor dem EKZ zeige – wobei das nicht wirklich eine neue Erkenntnis ist. Für den Käufer dürfte nicht zuletzt dieser »erschreckend hohe Leerstand« ein gutes Kaufargument gewesen sein, weil sich das beim Kaufpreis gewiß mindernd ausgewirkt hat.

Noch ist der Kaufvertrag nicht abgewickelt. Die Eintragung im Grundbuch dauert seine Zeit. Dennoch wird dem neuen Eigentümer bereits vorgeworfen, daß er »über seine Pläne schweigt«. Da greifbare Tatsachen fehlen, befaßt sich die tägliche Heimatzeitung mit der »überkochenden Gerüchteküche«. Zumal der neue »Heidewald«-Eigentümer Ende 2020 bereits die Specht-Ruine erworben hat. Verdächtig zudem: er hat keinen Internetauftritt.

In der lauen Suppe rührt auch kräftig der fraktionslose Stadtverordnete aus dem Kiez Carsten Zinn mit. »Ich vermute ganz stark«, so Zinn, »daß die Stadtverwaltung Eberswalde erneut einem sehr windigen, in der Sache sehr intransparenten Immobilienspekulanten aufgesessen ist. Es ist zu vermuten, daß die vermeintlichen großen Pläne der neuen Eigentümerschaft sehr schnell in einem Kartenhaus zusammenfallen.« Tatsachen, die seine Vermutungen irgendwie belegen könnten, bleibt der einstige Ortsvorsteher des Viertels allerdings schuldig.

Übrig bleibt ein Bauchgefühl, das sich auf den fremdländischen Namen des Investors und sein auf den ersten Blick undurchsichtiges Firmengeflecht stützt.

Wie die »Heimatzeitung« berichtet, wird an den Stammtischen im Kiez und auf den Bänken am Potsdamer Platz darüber spekuliert, ob der »Specht« zur Tagespflege umgebaut werden könnte oder gar zur Moschee. Für letztere Nutzung gibt es durchaus Bedarf. Die derzeit für muslimische Gottesdienste genutzte Turnhalle sei zu den Freitagsgebeten regelmäßig »hoffnungslos überfüllt«, berichtet die MOZ. Dem christlichen Gemeindezentrum an der Potsdamer Allee gelingt dies eher selten.

Tatsächlich ist Sahin Sanli, dem die beiden Gesellschaften gehören, die den Specht und den Heidewald erworben haben, türkischstämmig, allerdings als wohl gebürtiger Berliner längst in der bundesrepublikanischen Gesellschaft integriert. Dies bestätigt auch die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner. Der neue Eigentümer habe umgehend Kontakt mit der Stadtverwaltung aufgenommen. Er spreche perfekt Deutsch und sei sehr rührig. Er komme aus der Finanzwelt und wolle nun in das Immobiliengeschäft einsteigen. Er wolle etwas bewegen und sicherlich auch gut Geld verdienen.

Ersteres, so das Anliegen der Dezernentin, soll so gut wie möglich zugunsten der Stadt und des Brandenburgischen Viertels gestaltet werden. Mit ihrer Planungshoheit habe die Stadt dafür durchaus auch die Möglichkeiten.

Der gelernte Bankkaufmann hatte 2019 gemeinsam mit seiner Cousine die LIRIK Real Estate GmbH gegründet. Dies sei die faktische

Muttergesellschaft für die jeweiligen Projektgesellschaften, über die die konkreten Projekte abgewickelt werden. Ein in der Immobilienbranche durchaus übliches Verfahren, weil so die Geschäftsrisiken der einzelnen Projekt für die Trägergesellschaft minimiert werden.

Daneben gibt es noch die 2018 gegründete BIF Finanzvermittlung und Immobilien Berlin UG, über die Sanli vermutlich die Finanzierungen für seine Projektgesellschaften organisiert.

Für die Projekte in Eberswalde gründete Sahin Sanli die PROJEKT SPECHT EBERSWALDE GMBH und die PROJEKT HDW EBERSWALDE GMBH. Daneben fungiert Sahin Sanli bei weiteren 5 Gesellschaften als Geschäftsführer: der Golf Resort Schloßgut Sickendorf GmbH, der PROJEKT Bockmühle 18 GmbH, der PROJEKT Generaldepot Carl-Reichstein GmbH Berlin, der PROJEKT Markt 2 Rügen GmbH und der HS 78 Beteiligungsgesellschaft mbH. Beim Schloßgut Sickendorf handelt es sich um eine laut Nutzern etwas heruntergekommene Golfanlage in Hessen, die 2019/2020 übernommen wurde. Beim Projekt Bockmühle 18 ging es vermutlich um ein altes Hotel in Wuppertal, bei dem allerdings die Stadt Wuppertal ihr Vorkaufsrecht ausgeübt hat, um dort eine Gesamtschule zu errichten. Die Projekt Generaldepot Carl-Reichstein GmbH dürfte in Brandenburg an der Havel agieren. Zu den beiden anderen Gesellschaften konnten keine weiteren Informationen ermittelt werden.

Anzeige

Kultur- und Bildungsverein Senftenhütte e.V.

lädt ein zur gemeinsamen Aktion

Blühender Kirchplatz

Liebe Senftenhütter*Innen, die Zwiebeln sind da, nun wollen wir gemeinsam mit dem Heimatverein und Euch die Frühblüher am

Samstag, 30. Oktober 2021, Beginn: 9:00 Uhr
auf den Kirchplatz pflanzen. Zur Stärkung ist für Speis und Trank gesorgt.

Rückfragen gern unter:
033364 59 00 53.
Nico Conrad

Gefördert aus Mitteln der
des Ministeriums
für Landwirtschaft, Umwelt
und Klimaschutz
des Landes Brandenburg
als Teil der **STRUKTURFÖRDERUNG**
LOKALE AGENDA 21






Vorab ein wichtiger Hinweis: Der folgende Text wird in richtigem Deutsch verfaßt, und nicht in BRD-Deutsch. Das betrifft auch die Verwendung des Wortes »Neger«. Es hat im Deutschen keinerlei rassistische Hintergründe. Das Wort wurde aus dem romanischen Sprachraum übernommen, wo bspw. im Spanischen »negro« schlicht und einfach »schwarz« bedeutet.

Im Deutschunterricht wurde beispielsweise das Buch von Ludwig Renn »Der Neger Nobi« als Pflichtlektüre verwendet. In der BRD ist dieses Buch auch verlegt worden, jedoch ohne dem Wort »Neger« im Titel. Es gab in der DDR auch einen erfolgreichen Kinderfilm mit dem Titel »Der kleine Kuno«. Dieser Film endet mit den Worten: »Wenn ich groß bin, werde ich Neger«. Das Berliner Theater der Freundschaft führte Mark Twains Tom Sawyers Abenteuer auf. Den dort spielenden Neger Jim gestaltete ein schwarz geschminkter Schauspieler. Aus der alten BRD ist die Anrede von dem damaligen Bundespräsidenten Lübke beim Besuch eines afrikanischen Staates bekannt, als er die Formulierung »Liebe Neger« benutzte. Der Autor dieses Beitrages weist darauf hin, die Bürger der DDR wurden zur Liebe und Völkerfreundschaft erzogen. Den Rassismus, wie wir ihn gegenwärtig in der BRD erleben, gab es nicht.

Und noch eine Bemerkung: Das nun in der BRD offiziell verwendete Wort »Schwarzer« gilt bei den Russen als diskriminierend. Dort wird damit auf die schwarze Tracht der Tschetschenen angespielt. Zwischen 1994 und 2009 verübten tschetschenische Terroristen (»Freiheitskämpfer« im BRD-Jargon) mehrere verheerende Anschläge und Überfälle, wie z.B. im September 2004 in Barslan, als in einer Schule mehr als 1.100 Geiseln genommen wurden und mehr als 300 starben, darunter viele Kinder.

So Ende der 1950er Jahre tauchte in Eberswalde erstmals ein richtiger Neger als Werk-tätiger auf. Bis dahin kannte man in dieser Stadt Menschen mit schwarzer Haut nur vom Zirkus. Auch dazu einige Vorbemerkungen.

Auf Einladung des Kulturvereins »Kunstbrücke Panketal e.V.« gastierte die Schauspielerin und Autorin BLANCHE KOMMERELL (u.a. »Rotkäppchen«, »Jakob, der Lügner«) gleich zweimal in Panketal. Am Donnerstag, den 23. September las die heute u.a. als Dozentin tätige Schauspiel-Legende im IB Mehrgenerationenhaus am Genfer Platz in Schwanebeck aus ihren Büchern und erzählte aus ihrem bewegten Leben.

Ihre Gedichte und Alltagsskizzen, allesamt erschienen im Bernauer »Verlag Andrea Schröder«, setzen sich mit Liebe, Verlust, Tod und Vertrautheit auseinander. »Meine Texte handeln oft vom Reisen«, erklärt Kommerell, angetan mit der für sie typischen roten Strickmütze, vor lauschendem Publikum. »Allerdings reise ich oft



Foto: B.K. (privat)

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 12): Gert Schramm *Ein Schwarzer in Eberswalde*

Eigentlich ist es nicht notwendig, hier nochmals auf Gert Schramm hinzuweisen. Zuletzt wurde hier in der BBP Nr. 303 (6/2020) über ihn berichtet. Außerdem gibt es noch sein Buch mit dem Titel »Wer hat Angst vorm schwarzen Mann«. Aber bevor Gert Schramm zu den prominenten Bürgern der Stadt Eberswalde zählte, gab es Situationen, wo man ihn durchaus den alternativen Prominenten der Stadt zuordnen kann.

Gert Schramm war Busschaffner im VEB Kraftverkehr Eberswalde. Ende der 1950er Jahre war dieser Betrieb für die Beförderung von Personen außerhalb des Stadtgebietes von Eberswalde zuständig. Es wurden H6B Busse und ungarische Ikarus Busse eingesetzt. Allen war gemeinsam, daß der Busfahrer vom Fahrgastraum getrennt war. Es mußte zusätzlich ein Schaffner beschäftigt werden, der die Betreuung der Fahrgäste übernahm. Diese Tätigkeit wurde ausnahmslos von Frauen, die bezüglich ihres Dienstalters im oberen Drittel einzuordnen waren, ausgeübt. Die Tätigkeit als Schaffner erforderte ein gutes Gedächtnis. Es gab keine Einheitstarife. Der Schaffner mußte wissen, welcher Fahrgast an welcher Haltestelle den Bus verlassen wollte, und somit den entrichteten Fahrpreis kontrollieren. Er mußte weiterhin die Schiebetür schließen. Als Abfahrtsignal diente eine Klingel. Erst nach deren Betätigung fuhr der Bus weiter.

Aber was war das für ein Anblick, als nun anstelle der gewohnten Schaffnerin ein Neger in der schwarzen Uniform des Kraftverkehrs den Bus betreute! Die Stammstrecke von Gert Schramm war Eberswalde-Finow Ost-Lichterfelde-Clara-Zetkin-Siedlung. Die Strecke verlief über den Kranbauberg, über das alte Walzwerk, dann über die Lichterfelder Wassertorbrücke, und schließlich bog der Bus in Lichterfelde hinter der Gärtnerei links ein in Richtung Finow, um vor dem Oder-Havel-Kanal den Abzweig zur Clara-Zetlin-Siedlung zu nehmen und dort an der Aue zu enden. Die jetzige Straße, die in Lichterfelde an der Kirche links

in die Clara-Zetkin-Siedlung führt, war damals noch ein unbefestigter Weg.

Mit Gert Schramm, seinen Namen kannte jedoch damals niemand, zog wirklich eine neue Qualität in der Personenbeförderung ein. Er war besonders höflich und aufmerksam zu seinen Fahrgästen. Oft hatte er sogar einen lustigen Spruch auf seinen Lippen. Er half etwas betagten Passagieren beim Ein- und Aussteigen und war demzufolge sehr beliebt bei den Fahrgästen. Man könnte sogar sagen, er war eine Attraktion für die Eberswalder, wegen seiner vorbildlichen Dienstauffassung und natürlich wegen seiner exotischen äußeren Erscheinung.

Trotzdem gab es wenige Bürger, bei denen Gert Schramm keine Sympathie ernten konnte. Er sprach sächsisch, obwohl er Thüringer war. Aber das können Eberswalder jetzt noch nicht unterscheiden. Die Sprache damals unbeliebt, weil sie von vielen Parteifunktionären und sonstigen Vorgesetzten benutzt wurde. Das änderte sich erst, als massenhaft Arbeiter aus Sachsen nach Eberswalde kamen. Diese Ablehnung des von Schramm gesprochenen Sächsisch würde man heute im BRD-Deutsch durchaus als Rassismus bezeichnen. Später beschrieb das auch ein Lied von Jürgen Hart: »Doch kommt der Sachse nach Berlin, dort könnt' se ihn nich' leiden! Da woll'n'sen eene drüber ziehn, da woll'n'se mit ihm streiten!« Nach dieser Sichtweise mußte man dann allerdings auch konsequenterweise im BRD-Deutsch die Sachsen als Rasse bezeichnen, wofür wenig spricht. Um die Bayern soll an dieser Stelle nicht gehen.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Das »doppelte Rotkäppchen«

an dieselben Orte. Ich möchte immer wieder die Bäume streicheln, die ich bereits gestreichelt habe.« Und so hören wir mehrfach von Aufenthalten in Ahrenshoop, wo die Autorin jahrelang wiederkehrend mit ihrem Ehemann die Spätsommer verbrachte und den Ort sich verändern sah. Und von Hiddensee, jenes auto- und fast strebfreie Refugium in der Ostsee.

Passend musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von Kommerells Sohn Sebastian, der als vielseitiger Künstler in die Fußstapfen seiner Mutter trat und als Maler, Musiker und Schauspieler aktiv ist. Wie sehr Mutter und Sohn verbunden sind, belegte Kommerell auch mit der Auswahl der Texte, von denen zwei aus der Feder ihres Sohnes stammten.

Am darauffolgenden Freitag ging es an gleichem Ort mit gleicher Künstlerin weiter: Der

Verein Kunstbrücke Panketal e.V. präsentierte innerhalb der Reihe »Kino in Panketal« den DEFA-Film »Rotkäppchen« von 1962 nach dem gleichnamigen Märchen der Gebrüder Grimm sowie nach Motiven des sowjetischen Dramatikers Jewgeni Schwarz. Theaterregisseur Götz Friedrich inszenierte das Märchen als künstlerisch überhöhte Parabel mit Blanche Kommerell, Helga Raumer, Horst Kube, Ernst-Georg Schwill, Jochen Bley u.a.

Nach dem Film, der die großen und kleinen Zuschauer noch immer in seinen Bann zu ziehen vermochte, gab es Gelegenheit für einen Austausch mit der Schauspielerin. Statt Blumen gab es zum Abschied für das »Rotkäppchen« einen Korb mit Kuchen und Wein und natürlich Beifall.

THORSTEN WIRTH

Polnisches Fest begeisterte Besucher

Auch in diesem Jahr begeisterte das Polnische Fest in Bernau die Besucher. Auf Einladung des Beirates für Migration und Integration kam sogar die Präsidentin des Brandenburger Landtags, Ulrike Liedtke, und richtete ein Grußwort an die Anwesenden. Sie betonte die besondere kulturelle und wirtschaftliche Verbindung zwischen Brandenburg und Polen und warb für noch mehr Dialog und Begegnung.

So leben rund 1.250 Polen im Landkreis Barnim, die somit die größte Gruppe ausländischer Mitbürger stellen. Für die kulturelle Umrahmung sorgten traditionelle polnische Gedichte und Musik. Zudem hielten Vertreter der Handwerkskammer Frankfurt (Oder) und der Arbeitsagentur Eberswalde Beratungsvorträge über die Anerkennungsmöglichkeit von Berufsabschlüssen und konkreten Arbeitsmarktfragen.

Landrat Daniel Kurth begrüßte den Zusammenhalt der polnischen Community und stellte dar, welche Aktivitäten der Landkreis zur Unterstützung interkulturellen Austauschs vornimmt. Für die Gemeinde Panketal wies die stellv. Bürgermeisterin Cassandra Lehnert darauf hin, daß gerade in Zepernick und Schwanebeck viele Polen unternehmerisch tätig sind


PHOTO: BEIRAT FÜR MIGRATION LANDKREIS BARNIM

und so eine starke wirtschaftliche Bereicherung darstellen.

Im Anschluß kamen die rund 40 Gäste bei typisch polnischen Speisen zusammen. Dabei stieß insbesondere der vom langjährigen Mitglied des Migrationsbeirates Zygmunt Grasca zubereitete Bigos auf großes Interesse.

Das Polnische Fest, so das Fazit, soll künftig jährlich stattfinden.

PÉTER VIDA und AGNIESZKA GIL-DLUGOS
Beirat für Migration und Integration Barnim

20 Jahre Städtepartnerschaft mit Gorzów Wielkopolski:

Briefmarkenbogen

Eberswalde (prest-ew). Aus Anlaß des 20-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft zwischen den Städten Eberswalde und Gorzów Wielkopolski gibt die Stadt Eberswalde einen Briefmarkenbogen mit zehn 60-Cent-Sonderbriefmarken heraus, deren Motive im Rahmen eines Schülerwettbewerbs entstanden sind. Die Briefmarkenbögen in limitierter Auflage sind – solange der Vorrat reicht – in der Tourist-Info zum Portowert von 6 EUR erhältlich.

Ein gemeinsames Grußwort der beiden Stadtoberhäupter ist auf der Rückseite des Briefmarkenbogens abgedruckt.


PHOTO: FLORIAN HEILMANN, STADTVERWALTUNG EBERSWALDE

Stadt Bernau wurde Ehrenmitglied der Braugenossen

Die Stadt Bernau wurde mit dem Monatswechsel zum Oktober das erste Ehrenmitglied der Bernauer Braugenossen. In einer feierlichen Aufnahme wurde die Verbundenheit zwischen der Brauerei und der Stadt, vertreten durch Bernaus Bürgermeister André Stahl, sig-

nalisiert. Wie Bernau-live berichtet, gibt es dafür gute Gründe, schließlich würde es die Brauerei ohne Hilfe der Stadt Bernau wahrscheinlich nicht oder zumindest noch nicht geben. Die Stadt förderte die Sanierung und Reaktivierung der Alten Schloß-Brennerei in Börnicke, so daß es nun tatsächlich eine Bierbrauerei im Bereich der Gemeinde gibt. Trotzdem bleibt zu hoffen, daß die neue Seeligkeit nicht auf die weiteren Entscheidungen der Stadtverordneten überschwappt. Es mag sein, daß Bernau einst viel eigenes Bier braute, aber das, was Bernau heute auszeichnet, ist nicht unter bayerischen Verhältnissen entstanden. Oder vielleicht doch?

THOMAS TOBLER

Wandertips

von BERND MÜLLER

Auf den Spuren der Mönche...

Sonntag, 17. Oktober, 5 km-Wanderung auf den Spuren der Wasserwirtschaft der Mönche des Klosters Chorin.

ELISABETH MASSUTHE (Landschaftsarchitektin) führt Sie 2 Stunden lang auf diesen Spuren entlang des Nettelgrabens zu den Fischteichen der Bullenwiese. Die Wanderung wird in Kooperation der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. mit dem Kultur- und Bildungsverein Senftenhütte e.V. durchgeführt.

Treff: 14 Uhr, Parkplatz für die Besucher des Klosters Chorin (am Ortsausgang von Sandkrug auf dem Weg zum Kloster Chorin, links).

Anmeldung unter 03344/3002881 oder oderland@naturfreunde.de. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Gebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brbg. kostenfrei.

Kommunales Kino

Am Freitag, dem 15. Oktober um 19.30 Uhr läuft die französische Komödie »Mein Liebhaber, der Esel & ich« im Kulturhaus Heidekrug 2.0 in Joachimsthal. Der Heidekrug-Verein freut sich, daß einer der Hauptdarsteller voraussichtlich anwesend sein wird. Der Eintritt beträgt 6 Euro. Es gilt die 3G-Regel.

Die Lehrerin Antoinette (Laure Calamy) kann es kaum erwarten, mit ihrem heimlichen Liebhaber Vladimir (Benjamin Lavernhe) – dem Vater einer ihrer Schülerinnen – in den Sommerurlaub zu fahren. Der hat allerdings keine Zeit für die traute Zweisamkeit, weil seine Frau schon einen Trekkingurlaub geplant hat – mitsamt Tochter und einem Esel, der das Gepäck tragen soll. Das will Antoinette nicht so einfach auf sich sitzen lassen. Sie beschließt, der Familie zu folgen. Doch das ist einfacher gesagt als getan, denn ihr Miet-Esel Patrick denkt gar nicht daran, nach ihrer Pfeife zu tanzen (Länge: 95 Minuten, FSK: 6).

RUTH BUTTERFIELD

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Fragen zum Rentenbescheid? Hier ist Klärung möglich: Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt kostenfreie Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Die nächsten Termine bei der Volkssolidarität Barnim:

Eberswalde. Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 10.11. und 8.12., 10-12 Uhr.

Biesenthal. Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 10.11. und 8.12., 13-15 Uhr.

Bernau. Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 20.10., 17.11. und 15.12., 10-15 Uhr.

Bitte unbedingt anmelden bei Frau Nikitenko unter Tel. 03338/8463. Änderungen vorbehalten.

ANDREA HOEHNE

Ausstellung

Drei Leben der Zainhammer Mühle

Eisenhammer 1779-1824

Knochenmühle 1824-1868

Kornmühle 1868-1957

Seit dem 25. September 2021 in der Zainhammer Mühle (Am Zainhammer 1), Eberswalde

Chansons von Georges Brassens: Zum Gedenken an Zwangsarbeit in Bernau

Am Gedenktag für die Opfer des Faschismus am 12. September erinnerten am Mahnmal auf dem Bernauer Bahnhofplatz zahlreiche Bürger der Stadt an die Menschen, die während der Zeit des Faschismus aus 20 europäischen Ländern zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden (BBP 9/2021). Über 14 Millionen Frauen und Männer ereilte dieses Schicksal – es waren KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und Zivilpersonen, die aus den okkupierten Ländern zwangsdeportiert wurden.

»Lassen Sie uns gemeinsam alles tun, daß sich solche Zeiten nicht wiederholen! Wir brauchen dauerhaften Frieden auf der Welt für eine gute Zu-

kunft«, sagte Jochen Klein. Chansons des französischen Zwangsarbeiters George Brassens, der in den Basdorfer BRAMO-Werken schufte, mußte, begleiteten die Veranstaltung.

Vor allem in den Rüstungsbetrieben, aber auch auf Landwirtschaftsgütern, wurden in der Zeit des Faschismus Zwangsarbeiter eingesetzt. Dazu gehörten u.a. das Kabelwerk Schönow oder die Güter Schmetzdorf, Hobrechtsfelde und Thaerfelde. Auch in der Firma Theodor Bergmann & Co, einer Waffen- und Munitionsfabrik in Bernau-Waldfrieden, mußten ab 1942 Polen, Franzosen, Belgier, Italiener, Niederländer und sowjetische Zwangsarbeiter Gewehr-

Spreng- und Panzergranaten produzieren. Maarten Mourik, ein niederländischer Zwangsverpflichteter, berichtete, daß diese Menschen in Abhängigkeit ihrer Volkszugehörigkeit und nach »völkischen Gesichtspunkten« untergebracht, versorgt und bewacht wurden. In dieser Firma arbeitete auch Auguste Haase als zeitweilige Lagerführerin. Sie versuchte, den sowjetischen Zwangsarbeitern das Leben etwas zu erleichtern. Als Mitglied der Widerstandsorganisation um Anton Saefkow wurde sie im Januar 1945 ermordet. An die Greuel dieser Zeit erinnert auf dem Neuen Friedhof in Bernau eine Grabstätte, auf der Frauen, Männer und Kinder beigesetzt sind, die in den Zwangsarbeitslagern in Bernau und Umgebung ums Leben gekommen sind, darunter fünf Säuglinge.

Auch in den Brandenburgischen Motorenwerken (BRAMO) in Basdorf/Zühlsdorf, einem BMW-Werk, das Flugzeugmotoren und Strahltriebwerke produzierte, gab es große Zwangsarbeitslager. Zu den französischen Zwangsdeportierten hier gehörte der junge Georges Brassens, ein hochbegabter Musiker, der schon im Lager erste Lieder schrieb. Er wurde später einer der berühmtesten Chansonniers in Frankreich. In Basdorf erinnert an ihn seit 2004 ein Brassens-Verein mit Musik-Festivals, an denen namhafte Künstler aus Frankreich, Deutschland und anderen Ländern teilnehmen.

Auch zum diesjährigen 100. Geburtstag von Georg Brassens im Oktober werden in Basdorf Musiker und Gäste die Erinnerung an den Chansonier und die einstigen Zwangsarbeiter wach halten. ANNE-KATREIN BECKER



Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonent/in _____

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden: _____

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten _____

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes) _____

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

George-Brassens-Chanson-Festival

Fr, 22.10., 18 Uhr, Basdorfer Gärten *Kasino*: »Homage à Georges Brassens«
Sa, 23.10., 17 u. 19.30 Uhr, *Kasino*: »Génération Brassens« Chansons 1960-80 von Georges Brassens, Charles Asznavour, Barbara, Jacques Brel, Leo Ferré, Jean Ferrat, Edith Piaf.
So, 24.10., 18 Uhr Barnimer Hof: »Salut Georges Brassens«

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktions-schluss: 6. Oktober 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3. November 2021.